

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 928]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., answärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 169.

Dienstag den 23. Juli 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Die Agrarier und die Regierung.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch die fortschreitende Krise hat die Agrarier nicht davon abgehalten, auch weiter nach Erhöhung der Getreidezölle zu streben. Und es wäre durchaus verfehlt, zu glauben, daß die wirtschaftliche Depression das Streben der Agrarier weniger ausrichtsvoll gemacht hätte. Im Gegenteil! Bei der Regierung ist heute eher Geneigtheit vorhanden, den Agrariern so weit als eben möglich entgegen zu kommen, als noch im vorigen Jahre. Der Kampf gegen das Junkerthum und die ihm verbundene Reichsregierung darf deshalb nicht erlahmen. Unermüdlich muß das arbeitende Volk thätig sein, und wenn im November der Reichstag wieder zusammentritt, muß der Proteststurm im Lande Berge von Petitionen gegen den Brodwucher in den Brunkbau vor dem Brandenburger Thor in Berlin getragen haben.

Die Reichsregierung weiß schon, weshalb sie gerade gegenwärtig mit den geliebten Agrariern für den erhöhten Getreidezoll schwärmt. Das ganze Finanzsystem des Reiches ist, anstatt auf der ziemlich sicheren Grundlage einer Reichseinkommensteuer, aufgebaut auf den indirekten Steuern und Zöllen. Dadurch gerathen die Reichsfinanzen sofort ins Schwanken, wenn sich die wirtschaftliche Lage auch nur um ein wenig verschlechtert. Jede Lohnreduktion spiegelt sich wieder in einer Einschränkung des Konsums, zumal bei der Arbeiterklasse. Da aber die indirekten Steuern und Zölle gerade auf den Lebensmitteln und Bedarfsartikeln der Arbeiter ruhen, so verringern Konsumeinschränkungen auch sofort die Reichseinnahmen. Das tritt in bedeutendem und bedrohlichem Maße hervor in solchen Zeiten wie den gegenwärtigen, da die Krise in ihrem Verlaufe im Begriffe steht, Hunderttausende in Arbeitslosigkeit und Elend zu stürzen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hat denn auch schon vor Monaten lamentiert über das voraussichtliche Defizit im Geldsäckel des Reiches.

Nun kann aber das Reich gegenwärtig noch weniger als früher eine Verminderung seiner Einnahmen ertragen. Die Jahre der Prosperität haben nämlich nicht bloß die Spekulant und die Industriellen üppig gemacht und sie in den Glauben verkehrt, es werde jetzt immer so weiter gehen mit der Ausdehnung der Absatzmöglichkeit, der Produktion sowie des Verdienstes, sondern auch die Regierung und was mit ihr zusammenhängt, kam zu der Ansicht, von Jahr zu Jahr würden nun die Reichseinnahmen steigen bis — je nun, an das Ende dachte Niemand. So haben sich Militarismus und Marasmus daran gewöhnt, aus der überfließenden Kasse zu wirtschaften; die guten Finanzverhältnisse des Reiches waren Grund zu der totalen Umwälzung der Kriegsmarine und Umwandlung aus einer Küstenschuttslotte zu einer Weltflotte. Sie auch haben erst den Muth dazu gegeben, die kostspielige Weltpolitik zu beginnen, die Grundzüge einer großen ostasiatischen Kolonialarmee zu schaffen. Es war ja Geld da wie Heu und anstatt daß man daran dachte, einige besonders drückende indirekte Lasten abzusuchen oder wenigstens durch Anhäufung von Ueberschüssen für schlechte Jahre vorzujagen, wurden die Bedürfnisse überhant. „Sparen“, so sagte einmal ein Statistiker im Reichstage ganz zutreffend, „verstehen die Herren an Regierungstische ja doch bloß, daß sie nicht so viele Schulden machen, wie sie sich vorgenommen haben.“

Sinken nun die Reichseinnahmen aus den Zöllen und Steuern, so zwingt dies die militaristisch-kapitalistische Regierung, die eine Verminderung ihrer Ausgaben nicht vornehmen will, zu neuen Steuern. Da sind wir bei dem Punkte, in welchem sich gegenwärtig Regierung und Agrarier begegnen.

Die Suche nach neuen Steuern dauert nun schon ein paar Monate. Das Dummste unter all' den gemachten Steuervorschlägen war wohl der eines preussisch-offiziösen Blattes in Süddeutschland: eine Zündholzsteuer, um zu verhindern, daß die Kinder leichtfertig mit Feuerzeug umgingen. Es ist kein verständiger neuer Vorschlag gemacht worden und das dürfte auch vom Standpunkt aller „Gutgefinnten“ schwierig sein gegenüber der Regierung des deutschen Massen- und Militärstaates, der eine direkte Reichseinkommensteuer unter energischer Heranziehung der Reichen ein Schmel und ein Greuel ist. So wird schließlich wieder die Erhöhung der bestehenden Steuern, getreu dem Bismarck'schen Rezept, vorgenommen. Die Erhöhung des Getreidezolls aber wird hier wohl der erste Schritt sein, weil sich bei ihm eine seltene Uebereinstimmung zwischen den Ausbeutern und der Regierung ergibt. Je höher der Zoll desto lieber den Agrariern! Thatsächlich bezahlen wir den Zoll zweimal: einmal von dem verzollten ausländischen Getreide an die Reichskasse, zum andern in Form der durch den Zoll herbeigeführten allgemeinen Getreidepreisvertheuerung an die unerfährlichen Taschen der Agrarier. So ist hier zwischen Junkern und Regierung ohne Weiteres ein Einverständnis vorhanden und wenn sich die Regierung bisher

noch, durch die Drohungen des Auslands eingeschüchtert, vor einem allzu tiefen Eingehen auf die Wünsche der Agrarier gehütet hat, so wird das Loch in der Reichskasse sie nun dem agrarischen Verlangen nur desto gefügiger machen.

Die Agrarier wissen denn auch die Situation geschickt für sich auszunutzen. Sie sind besorgt, ihren großindustriellen Bundesgenossen die Angst vor der weiteren Vertiefung der Krise und ihren Folgen soviel als möglich auszureiben, damit nicht diese in der Sorge um den ausländischen Markt schließlich dem agrarischen Raubzug auf die Taschen des Volkes die Bundesgenossenschaft aufgeben, machen aber im Uebrigen gerade mit der Krise Agitation für den Zoll. Auf der dieser Tage in Königsberg stattgefundenen Konferenz der Vorstände der preussischen Landwirtschaftskammern brachte der bekannte Agrariermatador Graf von Schwerin-Löw einen Trinkspruch aus, in dem er davor warnte, „vor der Zeit in den theilhaftigen gewerblichen Kreisen eine unbegründete oder übertriebene Entmutigung Platz greifen zu lassen.“ Der Industriemeister, der zuweilen eine mäßige Abkühlung der Unternehmungskraft von Nutzen sein. Nachdem dergestalt die industriellen Zollbrüder beruhigt worden, kam der Ober-Agrarier auf den Getreidezoll. Er sagte: Wenn es der Landwirtschaft (d. h. den Getreidejüngern) gelungen sei, einem übertriebenen Pessimismus zu steuern, so danke sie dies der Zuversicht, daß die Herabsetzung der Getreidezölle nur für die Dauer der gegenwärtigen Handelsverträge gelte. Eine zweite Entmutigung, wie diejenige, welche sie bei dem Abschluß der gegenwärtigen Handelsverträge erfahren hat, könne die deutsche Landwirtschaft aber nicht ertragen. Eine solche abermalige Enttäuschung würde nicht nur einen ungeheuren Niedergang des ganzen Gewerbes zur Folge haben, sondern sie müßte dann auch unabwendbar zu den allerbedenklichsten politischen und sozialen Verschiebungen führen.

Man sieht, die Junker verstehen sich auf's Drohen, und man kann sicher sein, daß sie ihren Zollprofiß in die Tasche bekommen. Sogar einen hohen! Die Regierung, die, wie es schien, sich einen Augenblick sträubte, ist gegenwärtig nicht mehr gewillt, den geliebten Agrariern eine „Enttäuschung“ zu bereiten. Die Junker werden ihren Zoll bekommen, die militaristische Regierung ihre neuen Steuern und das arbeitende Volk neue Millionenlasten, an denen es sich in den kommenden Jahren des Niederganges wund schleppen kann.

Und die herrschende Reichstagsmehrheit? Soweit sie nicht überhaupt dem Agrariertröb hörig ist, hat sie wenigstens mitgeholfen, die gegenwärtige Lage zu schaffen durch ihr ödes Zusage auch zu den auschweifendsten Plänen der „Welt-politik“. Nun muß sie auch das Loch stopfen helfen und sie wird gerne bereit sein, es zu thun, solange nur die Haut der Arbeiterklasse zu Markte getragen und der Geldbeutel der Kapitalisten gesöhnt wird.

Möge sich die Arbeiterklasse wehren, solange es noch Zeit ist.

## Bericht

über die

parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion.

14. November 1900 bis 15. Mai 1901.

Berichterstatte: Emanuel Wurm.

### Die China-Expedition.

Die Geringschätzung, die dem Reichstag in den leitenden Kreisen zu Theil wird, offenbarte sich wieder einmal recht deutlich, als die Unruhen in China losbrachen. Sie waren durch das gewalttätige Vordringen der Europäer in China entstanden, von dem die deutsche „Fächung von Pankou“ den ersten Schritt gebildet hatte. Als die Nachricht von der Ermordung des deutschen Gesandten Ketteler eintraf, gleichzeitig die übertriebenen Melodien über Angriffe auf die anderen Gesandten und deren Angehörige, wurden Seebataillone mobil gemacht, eine Division Linien-schiffe nach China entsendet, neue Truppentheile aus „Freiwilligen“ des aktiven Heeres gebildet und gegen 20 000 Mann mittelst gemiethter Handelsdampfer abgeschickt. Ob damit der Reichstag einverstanden war, fragte man nicht!

Beim Abgang der Truppen sprach der deutsche Kaiser von der „Brandfackel des Krieges“, forderte „exemplarische Bestrafung und Rache“ und sagte am 27. Juli zu den nach China ziehenden „Freiwilligen“: „Kommt Ihr an, so wißt: Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Führt Eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen schiel anzusehen.“ So der „Reichs-Anzeiger“. In allen anderen Zeitungen war auch zu lesen, daß der Kaiser zu den Truppen gesagt habe: „Wie vor 1000 Jahren die Hunnen unter ihrem König Giel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf 1000 Jahre durch Euch in einer Weise bethätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur schiel anzusehen!“

Die sozialdemokratische Presse protestirte sofort gegen diesen

Kriegs- und Rachezug und forderte die Einberufung des Reichstages. Am 9. August 1900 erfuhren die Deutschen, daß sie dazu ausersehen seien, den Oberkommandierenden der internationalen Truppen in China zu stellen, aber erst Mitte Oktober kam die Kunde, daß die verbündeten Regierungen sich des Reichstages erinnerten. Gleichzeitig wurde Fürst Hohenlohe der kleinen Mähe enthoben, sich vor dem Reichstage zu verantworten, und der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Bälou, zum Reichskanzler ernannt.

Als endlich am 14. November 1900 der Reichstag zusammentrat, bekam er die erste Rechnung von 152 770 000 Mark für die bisherigen Ausgaben der ostasiatischen Expedition präsentiert. Graf Bälou machte es sich mit der Begründung der Vorlage sehr leicht: er wiederholte in seiner Erklärung am 19. November, was bereits in der Thronrede am 14. November gesagt worden war: „daß bisher bei der Unsicherheit und Ungenauigkeit der Nachrichten aus China die dem Reich erwachsenden Ausgaben noch nicht festgestellt hätten und damit das Maß der nothwendigen Aufwendungen sich einer finanziellen Schätzung entzogen habe.“

Während aber die Thronrede nur von einer „nachträglichen Zustimmung“ des Reichstages sprach, baute Graf Bälou dem im Herzen bewilligungseifrigen und nur aus Furcht vor den Wählern etwas oppositionell sich gebenden Zentrum eine goldene Brücke, indem er ersuchte, für diejenigen Ausgaben, hinsichtlich deren die Zustimmung des Reichstages noch nicht eingeholt war, durch nachträgliche Genehmigung die Indemnität zu ertheilen.

Darauf erfolgte lebhaftes Bravo rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen, während unsere Fraktion in helles Lachen über diese Komödie ausbrach. Das Zentrum donnerte zwar noch etwas gegen den „schadenstheoretischen Entschuldigungsgrund in der Thronrede“ wegen der Nichtinberufung des Reichstages, schließlich aber erklärte es sich doch durch das Nachsuchen der Indemnität befriedigt, obwohl bekannt war, in welcher — freilich zutreffender! — Weise in „hohen Kreisen“ das Verhalten des Reichstages verachtet wurde. „Nun, was wird es werden? Sie werden ein paar Tage lang hohe Reden halten, und es dann doch bewilligen!“

Unser Fraktionsredner geißelte in schärfster Weise die Schlappheit und Unzuverlässigkeit der Mehrheitsparteien, die allerdings dazu geführt habe, daß sich die Regierung Alles erlauben kann, auch „einen solchen Verfassungsbruch“, wie es die Nichtinberufung des Reichstages ist. Der Artikel 17 der Reichsverfassung biete nur eine papierne Verantwortung des Reichskanzlers, denn wie dieser verantwortlich gemacht werden könne, darüber bestimme noch heute, 30 Jahre seit Begründung des Reiches, kein Gesetz, folglich könne jeder Reichskanzler thun und lassen, was er wolle.

(Unser Fraktion hat ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz eingebracht; es kam aber in der abgelaufenen Session noch nicht zur Verathung.)

Der chinesische Zustand ist entsetzt, ja provoziert durch das Verhalten der Gesandtschaften und Missionare, ganz besonders aber durch die Unethischen chinesischer Gebietstheile. Und diejenigen, die nach Rache schreien, sind verantwortlich für das wahrhaft hunnische Gebahren so zahlreicher Soldaten, wie es sich in den von Zeitungen aller Parteien veröffentlichten „Hunnenbriefen“ widerspiegelt. Die „Welt-politik“, die es für erforderlich hält, daß „Deutschland überall, wo in der Welt etwas los ist, ein entscheidendes Wort mit spricht“, bekämpfen wir als verkehrt, verhängnisvoll und verderblich. Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, einer solchen Politik auch nur einen Pfennig zu bewilligen, und so erklärte ich im Namen meiner ganzen Fraktion: Im Namen des Rechtes, im Namen der Menschlichkeit stimmen wir einstimmig gegen die Vorlage.

Unser Redner wandte sich auch gegen die Rede des Kaisers, die dieser am 3. August 1900 in Bremerhaven an die Arbeiter der Werften gehalten hatte. Der Kaiser hatte einigen der Arbeiter Medaillen gegeben und gesagt: „Diese Auszeichnungen verleihe ich Euch als Ausdruck meiner Zufriedenheit, daß Ihr nicht dem schlechten Beispiel der durch vaterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seid, sondern dem Patriotismus des deutschen Arbeiters flegelos gewahrt und wacker mitgearbeitet habt für die Schlagfertigkeit unserer braven Armees. Ehrelos der, welcher im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt!“

Wie war der vom Kaiser verurtheilte Vorgang in Hamburg? Die Werftarbeiter hatten Lohnhöhung verlangt und sich mit den Werftbesitzern in Verbindung gesetzt, um ohne Streik mit ihnen zu unterhandeln. Das lehnten die Werftbesitzer ab, indem sie überhaupt keine Antwort gaben. Ein neuer Versuch mißlang aus dem gleichen Grunde. Der Verband der Arbeitgeber in Hamburg-Altona erklärte, er wolle mit Arbeiter-Organisationen nicht verhandeln. In Frage kamen aber lauter organisierte Arbeiter! Nun erklärte der Verband der Metallarbeiter, er wolle keinen Streik hervorbringen, sondern den Arbeitern der einzelnen Werften es überlassen, wie sie sich zu ihren Arbeitgebern stellen wollten. Darauf ersuchten die Arbeiter der Reihertig-Werft, etwa 60 bis 70 Mann, die Arbeitgeber um eine Erhöhung von wenigen Pfennigen Lohn pro Stunde, weil sie einen schlechteren Lohn bekämen, als die Arbeiter der anderen Werften. Das wurde abgelehnt, sie bekamen keine Antwort. Keiner dieser Arbeiter war bei einem Chinadampfer beschäftigt! Jetzt traten die 60 bis 70 Arbeiter der Reihertig-Werft in einen Streik ein. Darauf beriefen die Werftbesitzer ihre Arbeiterauschüsse und drohten mit Massenausperrungen, wenn die 60 bis 70 Arbeiter nicht sofort die Arbeit aufnehmen. Die Arbeiterauschüsse erklärten, daß sie keine Macht über jene Arbeiter besäßen — und darauf begannen die Werftbesitzer am 14., 17. und 21. Juli ihre Drohungen wahr zu machen, indem sie nach und nach 6000 Arbeiter ans Arbeiter warfen! Nun wurden auch durch diese Massenausperrung die China-



dampfer in Mittelschiff gezogen und dann kam am 3. August die Rede des Kaisers. Am 14. August erbot sich der Vorsitzende des Hamburger Gewerbevereins auf Antrag der Arbeiter gegenüber den Werksbesitzern zu vermitteln. Die Arbeitgeber lehnten ab, sie wollten von dieser Vermittelung nichts wissen. Am 6. September versuchten die Arbeiter wiederum eine Vermittelung herbeizuführen. Jetzt endlich willigten die Arbeitgeber in eine Bepfischung mit Vertretern der Arbeiter. Das Endergebnis war, daß die Arbeitgeber erklärten, sie seien bereit, die Ausperrung aufzuheben, wenn dafür sofort der Streik eingestellt würde. Das geschah auch am 24. September, also ohne daß auch nur ein Arbeiter die geringste Schuld daran getragen hat, daß ein Chinadampfer nur um eine Stunde später ausgerüstet worden wäre! Nach der wirklichen Sachlage sind also nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber jene Vaterlandslosen gewesen.

Obwohl bis zur dritten Lesung des Nachtragsetats (Mitte Februar) sich zeigte, wie absichtlich übertrieben die ersten Nachrichten über Umfang und Art des Vorgehens gewesen waren, verhielt sich die bische Opposition, die das Centrum anfänglich gegen die chinesische Abenteuerpolitik des Reichs gemacht, völlig und verwandelt sich schließlich in begeisterte Zustimmung, als die Kommissionenmehrheit eine Resolution einbrachte, daß „die Freiheit der christlichen Religionsübung in China ausgedehnt und unter dem Schutz der bei dem Friedensvertrag beteiligten Staaten gestellt werde“, was darauf hinausläuft, daß den Missionaren zu ihren meist so aufdringlichen Befehrsversuchen staatliche und eventuell militärische Hilfe zur Verfügung stehen soll.

Vergebens wies unser Redner darauf hin, daß gerade durch das provokatorische intolerante Auftreten der Missionare die Feindseligkeiten der Chinesen mit herbeigerufen seien; zum Beweise konnte er entsprechende Gutachten zahlreicher Kenner der Zustände Chinas bringen. Die Resolution wurde angenommen, dagegen nachstehender, sie abschwächender Zusatz zu derselben, den unsere Fraktion stellte, abgelehnt: „Den Missionaren ist die Verpflichtung aufzuerlegen, daß sie sich weder in die wirtschaftlichen noch die sozialen und politischen Angelegenheiten des chinesischen Reiches und seiner Bevölkerung einmischen, insbesondere auch sich nicht den Charakter chinesischer Beamter oder Würdenträger beilegen oder beilegen lassen.“

Als im März 1901 abermals eine Forderung zur Deckung der chinesischen Expedition für das Rechnungsjahr 1901 und zwar im Betrage von 123 322 000 Mark dem Reichstage vorgelegt wurde, kam dieser Nachtragsetat nicht einmal erst noch zur Kommissionenberatung, sondern wurde im Plenum mit allen gegen die Stimmen unserer Fraktion und der süddeutschen Volkspartei angenommen.

Zwischen hatte der Gang der Ereignisse bewiesen, wie berechtigt unsere Opposition gewesen war. Der deutsche Handel nach China wurde nicht nur während der Zeit der Unruhen geschädigt, sondern bleibt es auch auf der weissen wie lange noch hinaus, da gerade die Deutschen jetzt die bestgehobenen Fremden in China sind. Pünktlich d. J. wurden zwei Drittel der Truppen und der größte Teil der Schiffe zurückberufen und die Auflösung der neu gebildeten Truppenteile verfügt; es bleiben aber noch an 7000 Mann deutsche Truppen in China, die außerhalb der bisherigen Militärverwaltung stehen, nicht auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht dienen, nicht zu einem Landeskontingent gehören, sondern die Anfänge eines Reichskolonialheeres von Soldaten bilden. Die bisher bewilligten 276 Millionen Mark werden bald aufgebraucht sein und dann noch neue Forderungen für Befestigung von Kiautschou u. s. w. kommen. Wie bei jeder Kolonialpolitik sind es einzelne Kapitalistengruppen, die den Vorstoß ziehen, und die Volksmassen, welche die Lasten tragen!

#### Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1901.

Der Reichshaushaltsetat für 1901 beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 2 354 121 046 Mark; hierzu kommt ein Nachtragsetat (Aufsichtsam für Privatversicherung) im Höhe von 152 205 Mark und der Etat der Schutzgebiete mit 36 603 600 Mark, so daß im Ganzen die Etatsmäßigen Ausgaben

#### 2 390 876 851 Mark

betragen, von denen 216 Millionen Mark, das sind 9 p Ct., durch Anleihen zu decken sind.

Zum ersten Male treten in diesem Etat die Forderungen aus dem Flottengesetz von 1900 auf, wodurch eine Steigerung des Marine-Etats um 45 Millionen Mark, d. i. um 21 p Ct., verursacht wird.

Gegen das Vorjahr ist der Gesamtetat um 291 Millionen Mark, also fast um 14 p Ct., gestiegen! Vor 10 Jahren beliefen sich die Ausgaben auf 1 245 Millionen Mark, pieger also seitdem um 92 p Ct.!

Auf die einzelnen Ressorts vertheilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1901 in folgender Weise:

#### Fortdauernde Ausgaben.

	Mark
Bundesrat	—
Reichstag	756 420
Reichskanzler und Reichskanzlei	233 280
Auswärtiges Amt	13 310 745
Reichsamt des Innern	54 422 441
Verwaltung des Reichsheeres	559 115 129
Reichsmilitärgericht	512 880
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	79 896 422
Reichs Justizverwaltung	2 133 234
Reichschatzamt	578 195 680
Reichs-Eisenbahn-Amt	394 470
Reichsschulb.	88 542 600
Rechnungshof	924 710
Allgemeiner Pensionsfonds	70 994 638
Reichs-Invalidenfonds	30 449 689
Post- und Telegraphenverwaltung	364 269 420
Reichsdruckerei	5 613 651
Eisenbahnverwaltung	65 015 400

Summe der fortdauernden Ausgaben 1 914 770 709 Mark.

#### Einmalige Ausgaben.

##### a. Ordentlicher Etat.

	Mark
Reichstag	—
Reichskanzler und Reichskanzlei	224 000
Auswärtiges Amt	22 698 107
Reichsamt des Innern	5 070 500
Post- und Telegraphenverwaltung	18 125 213
Reichsdruckerei	386 322
Verwaltung des Reichsheeres	85 539 716
Reichsmilitärgericht	18 000
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	72 364 750
Reichschatzamt	100 580
Reichsschulb.	425 000
Eisenbahnverwaltung	8 532 000
Zur Verminderung der Reichsschulb.	9 687 304

Summa a 223 161 492 Mark.

##### b. Außerordentlicher Etat.

Verwaltung des Reichsheeres	28 469 845 Mark.
Verwaltung der Kaiserlichen Marine	56 223 000
Eisenbahnverwaltung	9 174 000
Aus Laß der Expedition nach Ostasien	123 322 000

Summe b 216 188 845 Mark.

Summe der einmaligen Ausgaben 439 350 337 Mark.

Summe der fortdauernden Ausgaben 1 914 770 709 Mark.

Summe der Ausgabe 2 354 121 046 Mark.

Uebersicht 2 354 121 046 Mark.  
Hierzu: Nachtragsetat 152 205  
Etat der Schutzgebiete 36 603 600

Insgesamt 2 390 876 851 Mark.

#### Einnahmen.

Steuern und Verbrauchssteuern	810 330 850 Mark.
Reichsstempelabgaben	114 020 000
Post- und Telegraphenverwaltung	420 162 950
Reichsdruckerei	7 777 000
Eisenbahnverwaltung	93 676 000
Bauwesen	14 713 800
Verschiedene Verwaltungs-Einnahmen	26 465 024
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	30 449 689
Aus der Veräußerung von ehemaligen Festungsausruhmstücken	389 927
Ueberschüsse aus früheren Jahren	32 606 081
Ausgleichungsbeträge	16 407 880
Matrularbeiträge	570 933 000

2 137 932 201 Mark.

Außerordentliche Deckungsmittel (Anleihen) 216 188 845 Mark.

Summe der Einnahme 2 354 121 046 Mark.

Hierzu: Nachtragsetat 152 205  
Etat der Schutzgebiete 36 603 600

Insgesamt 2 390 876 851 Mark.

Bei der Generaldebatte über den Etat mußte der Staatssekretär des Reichsschatzamts, Hr. v. Thielmann, zugeben, daß sich „das Gesamtbild des Etats wesentlich unfreundlicher gestaltet wie früher und dies in den nächsten Jahren noch schlimmer sein werde als jetzt, da die Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität vorüber und seit Sommer 1900 ein Umschwung eingetreten sei.“ Auch die Redner des Centrum und der National Liberalen fanden die Finanzlage trostlos, deuteten aber bereits mit Genugthuung auf das Abflauen der Handelsverträge hin, das ja ermögliche, die Zölle zu erhöhen.

Unser Redner übte an diesem Saufspiel eine vernichtende Kritik. Die Erkenntnis, daß spärlicher gewirtschaftet werden müsse, komme den Mehrheitsparteien viel zu spät. Gerade diese seien ja durch ihre Bewilligungswuth schuld, daß es für sie jetzt kein Zurück mehr gebe, denn bei allen hauptsächlich sich steigenden Ausgaben (Heer, Flotte, Kolonien) hätten sie sich ja schon im Voraus gebunden. Außerdem ist vom Centrum wie von den Konservativen und den National Liberalen bereits erklärt worden, „an unserer Weltpolitik sei nichts zu ändern und mit der Kolonialpolitik seien sie im Wesentlichen zufrieden“; sie wollten also, daß so wie bisher weitergewirtschaftet werde. Die Mehrausgaben für Reichsheer, Marine, Reichsschuldsinsen und Pensionen betragen gegenüber dem Vorjahre 81 Millionen Mark. Die Gesamtausgaben des Jahres 1901 für Militär- und Marinezwecke betragen: für das Heer 674, die Marine 207, den Pensionsfonds 71, Schuldsinsen für Anleihen zu Gunsten des Heeres und der Marine 72, zusammen also 1 024 Millionen Mark, während 1890 für dieselben Zwecke 502 Millionen Mark verbraucht wurden. Im Laufe von 12 Jahren haben sich also die Ausgaben für den Militarismus mehr als verdoppelt. Hat etwa die Steigerung des Nationalwohlstandes damit auch nur annähernd Schritt gehalten? Die Hauptschuld an der Vermehrung der Ausgaben für den Militarismus trägt das Centrum, das als ausschlaggebende Partei die Pflicht und die Macht gehabt hätte, Halt zu gebieten. Aber das Centrum ist heute weiter nichts als der Schleppenträger der Regierungspolitik!

Durch diese Steigerung der Ausgaben für den Militarismus können die Einzelstaaten nur unzureichende Mittel für Kulturaufgaben flüssig machen. Die öffentliche Gesundheitspflege, die Wissenschaft, die Volksbildung — sie müssen mit kärglichen Broden abgekostet werden.

Auf das allerakuteste tabelte unser Redner das Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Transvaal-Präsidenten Krüger. Dieser hätte unter allen Umständen in Berlin empfangen werden müssen; das war „nicht nur ein Akt der Humanität, sondern der Pflicht nach allem dem, was seit Jahren geschehen war. Die Kriegführung der Engländer in Transvaal ist eine barbarische und brutale, alle Grundsätze des Völkerrechts verletzende, die eines Kulturstaates unwürdig.“

Bei der Gesamtabstimmung über den Etat stimmte unsere Fraktion so wie stets gegen denselben, nicht nur weil die Reichseinnahmen hauptsächlich durch indirekte Steuern gedeckt werden, die auf der ärmeren Bevölkerung am schwersten lasten, und nicht nur, weil die Sozialdemokratie dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Mann und jeden Groschen verweigert, sondern auch weil wir durch die Abschnürung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaate und seiner Regierung befindet.

An der Verathung der Einzelsetats betheiligte sich unsere Fraktion wie stets in eingehender Weise, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten.

(Fortsetzung folgt)

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Bei der Reichstagserversammlung im Wahlkreise Memel-Heidenburg sind bis Sonnabend Abend 8 Uhr gezählt worden für Mattschull (Konserv.-Vithauer) 7181 Stimmen, Braun (Soz.) 1970 Stimmen und für Schaaf (freisinnige Volkspartei) 2955 Stimmen. Demnach dürfte Stichwahl zwischen Mattschull, dem konservativen Kandidaten mit der lithauischen Masse, und unserem Genossen Braun erforderlich sein. Es fehlt nur noch das Ergebnis aus einem ganz kleinen Bezirk des Memeler Kreises. Die Freisinnigen, die das Bünglein an der Wage bilden, werden nun zu zeigen haben, ob es ihnen mit der Bekämpfung des Brotviehers wirklich ernst ist.

Zum Wahlkampf in Duisburg wird es nach der „Köln. Volkszeitung“ als überaus auffällig bemerkt, daß eine große Anzahl von Reservisten und Landwehrlenten theils zum 11., theils zum 24. Juli einen Gefestungskurs für eine vierzehntägige Uebung erhalten haben. Die ersten kommen erst am 25. Juli, also am Tage der Hauptwahl, zurück, und wissen noch nicht, ob sie rechtzeitig wieder an Ort und Stelle sein können, um ihr Wahlrecht auszuüben. Diejenigen, die am 24. Juli weggehen, können weder bei der Haupt- noch bei der etwaigen Stichwahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen.

Die Veröffentlichung des Zolltarifes in Sicht. Es verlautet offiziös im „Hamb. Corr.“ und der „Köln. Zeitung“, daß die Regierung mit dem Gedanken umgeht, die Zollsätze des neuen Tarifs, wie sie bisher in den Verhandlungen aufgestellt worden sind, bekannt zu geben. Die kürzlich mitgetheilten Angaben im „Stuttg. Beobacht.“, an deren Richtigkeit leider kaum zu zweifeln ist, dürften einen Druck ausgeübt haben in der Richtung, daß das weitere Ge-

heimhalten der vielumstrittenen Zollpositionen unangebracht ist. Man wird also demnächst bestimmt erfahren, wie weit die Bülows-Pasadowsky'sche Regierung ihren verübten Lieblingen, den Agrariern, entgegenkommen will.

Der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen, v. Puttkamer, reichte, der „Straßb. Post“ zufolge, seine Abschiedsgesuche ein. Die Ursache der Demission, die anscheinend keine freiwillige ist, ist noch in Dunkel gehüllt. Mit dem Diktaturparagraphen oder gar einem Systemwechsel soll jedoch, wie das Straßburger Blatt ausdrücklich bemerkt, der Rücktritt Puttkamers nicht das Geringste zu thun haben. Die Schwierigkeit des Uebels der Abschaffung des Diktaturparagraphen liegt nicht in Straßburg. Durch einen Wechsel in der Zusammenstellung der Straßburger leitenden Persönlichkeiten werde also in der fraglichen Richtung nichts geändert werden. Wie gerichtlich verlautet, soll Oberpräsident von Koller, der frühere reichsländische Unterstaatssekretär des Innern zum Staatssekretär des Ministeriums für Elsaß-Lothringen auszuwählen sein.

Mit trüben Ahnungen sieht die „Rhein.-Westf. Ztg.“ der Ankunft des „Sühneprinzen“ Tschun entgegen. Das alldeutsch angehauchte Blatt schreibt über das bekannte Programm des Prinzen:

Diese Thätigkeit des Sühnekommissars ist erstaunlich. Wenn diese Darstellung richtig ist, so geht der Charakter der Abordnung als einer Sühnemission vollständig verloren. Prinz Tschun kommt doch nicht nach Berlin als Vergnügungs- oder Geschäftsfreisender, sondern namens des chinesischen Kaisers Buße zu thun. Wenn er diesen Auftrag erledigt hat, mag er wieder gehen, woher er gekommen ist, nicht aber im ganzen Deutschen Reich Studienhalber umhervagabundieren. Vielleicht zieht der Prinz noch ab mit deutschen Orden reich beladen.

Das kann schon geschehen. Und vielleicht bringt er einige gelbe Reitjacken für deutsche Würdenträger mit.

Vom Gumbinner Mordprozeß. An die Nachricht, daß das Königsberger Oberkriegsgericht neuerdings auf die Ermittlung des Mörders eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt hat, knüpft die „Königsb. Part. Zeitung“ die nachstehenden zutreffenden Bemerkungen: „Angesichts der Vorgänge, die das Publikum in den letzten Wochen und Monaten beschäftigt und in beständiger Aufregung gehalten haben, wird diese Nachricht allgemains Erstaunen und Befremden hervorrufen. Man setzt also eine Belohnung zur Ergreifung des wirklichen Mörders aus, während man den vermeintlichen Mörder, trotz seiner Freisprechung durch das ordentliche Gericht, noch immer hinter Schloß und Riegel hält? Das wirkt in der That ein helles Licht auf die „neuen Verdachtsmomente“, die die weitere Inhaftierung des Sergeanten Fiedel rechtfertigen sollten! Verständlich ist die obige Meldung eigentlich nur dann, wenn ihr die zweite Meldung sofort auf dem Fuße folgen würde, daß der bisher für schuldig Befundene, aber bereits Freigesprochene inzwischen in Freiheit gesetzt worden ist. Ist das nicht der Fall, so stehen wir in dieser traurigen Angelegenheit vor einem neuen Räthsel, dessen Lösung unerfindlich ist.“

Deutsche Kolonial-Kultur. In einem gewiß unverdächtigen Blatte, der konservativen „Südd. Landpost“ steht zu lesen:

„Die mittelalterlichen Frondienste scheinen in Deutschafrika wieder aufzuleben. Während aber derartige Leistungen in der deutschen Vergangenheit streng geregelt waren, hat diese kulturhistorisch interessante Erscheinung in unserem ostafrikanischen Schutzgebiet offenbar noch keine einheitliche und vom amtswegen geordnete Behandlung erfahren, was im Interesse der Eingeborenen entschieden zu wünschen ist. Sonst könnten nicht derartige Uebelstände vorkommen, wie sie der Direktor der Leipziger Mission kürzlich bei Gelegenheit seines Jahresberichts erwähnte. Da heißt es in Bezug auf die Dschaganeer am Kilimandscharo: „Man hatte geglaubt, daß diejenigen, die ihre Hütten bauen, von weiteren willkürlichen Frondiensten frei wären. Leider ist das nicht der Fall. Nicht bloß die Männer, auch die Frauen werden zur Arbeit kommandirt und können sich dann nicht um Essen und Kinder kümmern. Wochen lang müssen Hunderte umsonst arbeiten, so daß die Arbeiter, die auf der Missionsstation Geld verdienen, bedroht werden. Man gönnt es ihnen nicht, daß sie es besser haben, als die andern, die umsonst schwere Arbeit thun müssen. Und wenn die Nachbarn, welche regelmäßig zum Gottesdienst zu kommen pflegen, am Sonntag fehlen, weil sie gezwungen werden, einen großen Lawentennisplatz für die Europäer zu bauen, so kann man sich auch nicht wundern, wenn die Missionäre niedergeknien sind wegen der Hindernisse ihrer Arbeit, die von christlichen Landbesitzern ausgehen, wenn man sich auch nicht wundern, wenn die Eingeborenen die Herrschaft der Europäer nicht lieb gewinnen.“ Der erste Grundbedingung für das Gedeihen der Kolonie ist doch dies, daß die Eingeborenen nicht verbittert und verächtet werden, sondern daß man sie mit Vertrauen zu dem Wohlbefinden und der Menschlichkeit der Weißen erfüllt.“

Die von dem Agrarier Organ ersehnte Regelung der kulturhistorisch-interessanten Leibeigenschaft in unseren herrlichen Kolonien erfolgt ja immer von Fall zu Fall sehr prompt. Wenn die „schwarzen Hunde“ sich gegen ihre weißen Wohlthäter auflehnen, spielt das Kleintalibrige, und Leichen und rauchende Hütten erzählen dann von der kolonial-preussischen Kunst, die Eingeborenen für die Kultur zu erziehen.

Es ist erreicht! Die „Magdeb. Ztg.“ schreibt:

Die Wünsche, welche die Beamten der höheren Postanstalten zur Erlangung der Titel Postreferendar und Postassessor geltend gemacht haben, scheinen aussichtsreich zu sein. Die kommissarischen Verathungen haben mit den betheiligten Ressorts Anfang dieses Monats im Reichspostamt stattgefunden und bisher einen für die petitionirenden Beamten günstigen Verlauf genommen. — Ueber die Bestimmungen, unter denen später Bewerber für die höhere Laufbahn eingestellt werden sollen, ist volle Einigkeit erzielt worden. Die Verbesserung der neuen Bedingungen ist jedoch zunächst nicht zu erwarten, da zur Zeit der Bedarf von Anwärtern noch auf Jahre hinaus gedeckt ist.

Nun können die Herzen aller Postanwärter höher schlagen: ein neuer Titel ist geschaffen. Es wird zuweilen wirklich schwer, keine Satire zu schreiben.

Kleine politische Nachrichten. Gegen den aus dem „Garmisch-Extrakt“ bekannten Referententwurf v. Kröcher ist Anlage erhoben worden wegen des Vergehens, als Offizier des Beurloobtenstandes im Jahre 1900 ausgewandert zu sein. Der Aufenthalt des Beschuldigten ist unbekannt. — Dem „Börsen-Courier“ zufolge befehlen unter den Hypothekenbanken die besten Betreuer; insbesondere beabsichtigen zwei große Hypothekenbanken, einige der mittleren Institute in sich aufzunehmen. — Die Forderung nach Quarkbrot im Ruhrgebiet hat anarcho-syndikalistischen Blättern zufolge einen großen Umfang angenommen. Die Maßregeln der Polizei werden mit



ber Mitte August stattfindenden Reise des Kaisers zur Denkmalsenthüllung in Hohenburg in Zusammenhang gebracht. Die Polizei ist schon seit Wochen damit beschäftigt, alle Anarchisten, die sich im Ruhrgebiet aufhalten, zu ermitteln. Weiter wird berichtet, daß in Genf, London, Barcelona, Brüssel und anderen Städten die Behörden mit der Zusammenstellung eines internationalen Anarchistenabzugs beschäftigt sind, welches an alle Polizei-Organen versandt werden soll, um eine ständige Kontrolle über die Anarchisten aller Länder ausüben zu können. — Der Gefreite Krämer der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments v. Goeben (Nr. 28) in Koblenz wurde beim Felddienstübungen durch drei Schüsse mit Kugelpatronen in den Kopf getroffen. Das Unglück erfolgte, als die 3. und 4. Kompanie aufmarchierten. Das Unglück erfolgte, als die 3. und 4. Kompanie aufmarchierten. Das Unglück erfolgte, als die 3. und 4. Kompanie aufmarchierten.

**Oesterreich-Ungarn.**  
Eine angebliche rumänisch-österreichische Militärkonvention. Der Budapest „Magyar Ország“ bringt die Nachricht, daß bei dem jüngsten Besuch des österreichischen Generalstabchefs Baron Beck in Sinaja zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn eine Militärkonvention geschlossen wurde. Danach stellt im Kriegsfall Rumänien eine in acht Corps getheilte Armee von 220 000 Mann auf, sobald Rußland mobilisiert, und schiebt diese auf der Linie Galatz-Jassy vor, um die Truppen des Oessaer und Sinfropoler Militärbezirk im Schach zu halten und die Verbindung derselben mit dem Kiewer Corps, welches zum Einfall nach Oesterreich-Ungarn bestimmt ist, zu verhindern. Der Rest der rumänischen Armee nimmt an der Donau Stellung gegen Bulgarien, während gegen Serbien und die Donau bei Widin österreichisch-ungarische Truppen wirken werden. Die Nachricht ist wahr, sagt der „Magyar Ország“, selbst wenn sie dementirt werden sollte. Die Konvention werde wahrscheinlich sogar publizirt werden, sobald der König Alexander, sowie die Fürsten Ferdinand und Nikita nach St. Petersburg gehen, was die Ratifizierung der slavischen Balkanöderation bedeute.

**Holland.**  
Ein Guerillakrieg seit 30 Jahren. Eine erbauende Perspektive eröffnet ein Londoner Blatt den Engländern, indem es, veranlaßt durch die Enttäuschung über die Dauer des südafrikanischen Krieges, daran erinnert, daß Guerillakrieg fast immer lange dauern, und zum Beweise auf den sehr ähnlichen Krieg in Sumatra hinweist, der im Jahre 1873 seinen Anfang nahm und noch immer andauert. Die Kolonialtruppen der Niederlande haben gegen die Atjeher seit 1873 fast unaufhörlich Krieg geführt. Der stärkste Widerstand ist im nordwestlichen Theile Sumatras geleistet worden. Die militärischen Operationen haben die Holländer Millionen und das Leben Tausender gekostet, und doch ist das Volk noch so wenig unterjocht wie je. Der Atjeh, Atjeher oder Atjehin genannte Theil Sumatras war vor 1873 ein unabhängiger, von einem Sultan beherrschter Malayenstaat; Atjehin, eine Stadt von 36 000 Einwohnern im Nordwesten, war die Hauptstadt. Durch einen alten Vertrag übten die Holländer eine „Suzeränität“ aus, die den Sultan hinderte, seinen Staat bis zu einem gewissen Grade zu bewaffnen und weiter das Verhandeln des Sultans mit fremden Mächten verbot. Dies bestimmte ein von der britischen und holländischen Regierung am 24. März 1824 unterzeichneter Vertrag. Der Sultan hatte 2 Millionen Unterthanen. Die Leute haben eine dunkle Haut und kleine Figur, sie werden als blutdürstig und rachsüchtig geschildert. Sie sind ausgezeichnete Seefahrer, rauchen leidenschaftlich Opium, tauen Betel und treiben Seeräuberei. Sie webten Baumwolle und Seidenstoffe und verarbeiteten geschickt Silber und Gold, da das Land reich an Gold war. Vor dem Kriege lebte der Sultan in echt orientalischer Pracht, er hatte 1000 zahme Elefanten und eine Flotte von 200 Schiffen. Alles dies ist nicht mehr. Um das Jahr 1870 herrschte ein anderer Sultan, der die Suzeränität der Niederländer nicht anerkennen wollte, den Vertrag außer acht ließ und sich sogar der Seeräuberei schuldig machte. Er bereitete im geheimen den Krieg vor, sammelte Waffen und Munition und suchte bei fremden Mächten Hilfe. Das gaben die Holländer wenigstens offiziell als Grund für die Kriegserklärung des Generalgouverneurs am 26. März 1873 gegen den Sultan Ala-ed-din Manjoerschah an. Am 5. April des folgenden Jahres kam General Köppler mit 4000 Mann und einer Batterie Artillerie an, und 10 Schiffe lagen an den Küsten und Flüssen. Vier Tage später belagerte er die Stadt Mussijit und eroberte sie. Aber bei dem Kraton, dem großen Befestigungsort des Landes, wurden die holländischen Truppen mit großem Verlust abgeschlagen und der General getödtet. Da die nasse Jahreszeit einsetzte, begannen neuere Operationen erst im folgenden Dezember unter General van Swieten mit 12 000 Mann. Er zog am 24. Januar 1874 nach dreiwöchentlicher Belagerung in die berühmte Kratonbefestigung ein. Merkwürdigerweise schossen die Atjeher immer auf die Offiziere, woraus die Holländer die Erfahrung ableiteten, die Offiziere wie die Mannschaften zu kleiden. Mit dem Falle des Kraton war der reguläre Krieg vorüber, aber nun begann der bis jetzt währende Guerillakampf. Die Truppen wurden immer Nachts plötzlich alarmirt, es wurden Schiffe mit einem unsichtbaren Feind ausgetauscht und einige getödtet und verwundet; wenn der Morgen kam, war kein Zeichen mehr vom Feind zu sehen. An einigen Orten schlugen die Truppen gewöhnlich in der Nähe eines Flusses Lager auf; Schuppen dienten zum Schutz für die Vorräthe, und mehrere Tausend Tons Kohlen wurden für die kleinern Dampfer ans Ufer gelegt. An dunklen Abenden wurden

dann Schuppen und Kohlen in Flammen gefunden, und wenn die Truppen das Feuer erstickten wollten, wurden sie von verborgenen Feinden beschossen. Da das Wasser in Sumatra schnell steigt und fällt, wohnten viele Einwohner in treibenden Häusern, die an Pfählen vertaut sind. Manchmal unternahmen die Truppen Strafexpeditionen gegen ein solches, aus treibenden Häusern bestehendes Dorf, aber die Nachricht von ihrem Kommen eilte ihnen voraus, und wenn sie den Ort erreichten, fanden sie das Dorf durch Abwesenheit glänzend, die Dörfler hatten ihre Wohnstätten woandershin getrieben und in irgend einem Sumpf verstreut. Die dicht bewaldeten Hügel und Dschungel des Landes eignen sich besonders zum Guerillakampf. Daß der Krieg noch nicht beendet ist, kann man aus der Thatsache schließen, daß im Januar eine Expedition vorbereitet wurde, die „das ganze Land unter die Herrschaft der Holländer bringen würde“, aber es sind vorher schon so viele Expeditionen zu demselben Zwecke ausgesandt worden, daß besser ein „vielleicht“ hinzugefügt werden sollte. Die Unkosten betragen bereits wenigstens 800 Millionen Mark.

**Italien.**  
Sozialdemokratischer Sieg bei Gemeindevahlen. In San Remo haben bei den am Sonntag vorgenommenen städtischen Wahlen die Sozialisten den Sieg davongetragen und gegen die Vereinigung aller Parteien ihre ganze Liste mit großer Mehrheit durchgebracht. Damit ist die Stadtverwaltung von neuem von den Sozialisten erobert, die schon einmal zwei Jahre hindurch sie in Händen hatten. Damals, als Genosse Lombello Bürgermeister war, haben die Sozialisten viel für die Stadt gethan und noch mehr in Angriff genommen. Sie haben alle kleinen Einkommen von der kommunalen Haus- und Herdsteuer befreit und diese für die höchsten Einkommen bis auf die Summe von 1000 Lire jährlich erhöht, sie haben trefflich funktionirende Schulkantinen eingerichtet und gingen an die Verstaatlichung des Sanitätsdienstes, als der Stadtrath aufgelöst wurde. Es war das in dem traurigen Mai des Jahres 1898. In Turin bereitete man mit großem Klimum die Ausstellung zu Ehren des fünfzigjährigen Bestehens der Verfassung vor. Natürlich war Genosse Lombello als Bürgermeister unter den Eingeladenen. Er lehnte die Einladung in einem Brief ab, der verdient, in der Geschichte des Sozialismus vermerkt zu bleiben. Es hieß darin, daß er, als von Sozialisten gewählt, es nicht im Einklang mit seiner Aufgabe fände, an Festen zu Ehren der Verfassung theilzunehmen, so lange die von dieser gewährten Freiheiten nichts wären als das Privileg einer Klasse. Gleichzeitig mit dem Brief erschien das Manifest des Stadtrathes zum 1. Mai, das die ganze Stadt zur Theilnahme am Fest der Arbeit aufrief. Das war zuviel! Der Stadtrath wurde aufgelöst, am Vorabend der Gründung einer städtischen Apotheke. Bei den Neuwahlen, die auf die blutigen Ereignisse von 1898 folgten, erlag die sozialistische Liste. Jetzt, nach drei Jahren, nehmen die Sozialisten die unterbrochene Arbeit wieder auf.

**Transvaal.**  
Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz liegt eine einzige kurze Meldung vor. Nach ihr wurden in der Nähe von Graafreinet Kapkolonien Burenkommandos gesehen. Diesmal fehlt die Phrase, daß englische Truppen zu ihrer Verfolgung aufgebrochen wären. — Die Gefangennahme der Mitglieder der Regierung des Oranjestaats erregte, wie der „Standard“ aus Brüssel meldet, in der Umgebung des Präsidenten Krüger große Bestürzung. Die Mehrzahl der Gefangenen gehörte zur fanatischen Kriegspartei, es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Friedenspartei Oberhand gewinnt. Sollte nicht bei dem englischen Blatte der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen sein?

Die Frau des Präsidenten Krüger ist Sonnabend Nachmittag nach dreitägiger Krankheit in Pretoria im Alter von 67 Jahren an der Lungenentzündung gestorben. Für den greisen Präsidenten, der so wie schon das Göl bitter genug empfunden, ist das ein schwerer Verlust.

**Madagaskar.**  
Die Lage in Süd-Madagaskar, die bereits seit langer Zeit viel zu wünschen übrig ließ, hat sich den neuesten Meldungen zufolge plötzlich gefährlich zugespitzt. Die ganze Verggengend an der Grenze der Provinzen Befifelo, Farafangana und Nava ist in vollem Aufruhr. Seit Mitte Juni sind zahlreiche Truppen dorthin gesandt worden, die unaufhörlich Kämpfe zu bestehen haben, ohne daß sie den Aufstand zu dämpfen vermögen. Es wird daher wohl wieder zu einer großen und kostspieligen Expedition kommen. In der Gegend von Fianavantsoa allein betragen die französischen Verluste in den letzten zwei Monaten 17 Tödt und 78 Verwundete. Die Operationen gestalten sich wegen des rauhen und gebirgigen Terrains überaus schwierig. Die Nachrichten aus den anderen Theilen der großen Insel lauten dagegen befriedigend, auch aus dem Sakalavenlande, dessen völlige Unterwerfung fast durchgeführt ist.

**Vereinigte Staaten.**  
Zum Streik der Stahlarbeiter wird der Londoner „Daily Mail“ aus Newyork gemeldet: Richter Schumacher vom obersten Gerichtshof in Connecticut erließ einen gerichtlichen Befehl, welcher das Boykottiren, Streikposten stehen und selbst friedliche Ueberredung, um Leute von der Arbeit abzuhalten, verbietet. Drei streikende Maschinen in Astoria, die einen Arbeiter zum Streiken aufforderten, wurden wegen Mißachtung des Gerichtshofes verhaftet. Wenn sie verurtheilt werden, werden sie eine schwere Strafe und Entschädigung zu bezahlen haben oder in das Gefängnis kommen. Die Richter in anderen Theilen des Landes haben ähnliche strenge Maßregeln gegen die Streikenden ergriffen, augenscheinlich zum Nutzen des Trusts und kapitalistischer Interessen. Die Zeitungen verurtheilen das Verfahren als eine schlimme Verletzung amerikanischer Freiheit, des Rechtes und der freien Rede. — Die Heizer in den Bergwerken haben sich offenbar an den Beschluß ihres Verbandes, die Arbeit wieder aufzunehmen, nicht gehalten; denn trotz des Verbandsbefehles wächst, der „Frankf. Btg.“ zufolge, der Heizerstreik.

An mehreren Gruben befinden sich alle Maschinisten im Ausstand.

**China.**  
Vom Chinawirtware. „Lassans Bureau“ meldet, daß die fremden Soldaten mehrfach schwere Ausschreitungen begangen haben. Mehrere Dorfvorstände hätten einen britischen Offizier, der mit einer Soldatenabtheilung in Langfang stationirt war, verlagert, er habe mit seinen Truppen private Deutezüge unternommen. Die britische Legation hat eine Untersuchung angeordnet. Am 14. griffen betrunkene französische Soldaten eine Anzahl Chinesen in Peking an, tödteten drei und ver wundeten mehrere. Auch Japaner sollen sich neuerdings an Räuhereien in ihrem Stadttheil betheiligt haben. — Die Deutschen beginnen sich in Tientsin häuslich einzurichten; sie errichten massive Kavernen. Es ist endgültig beschlossen worden, die provisorische Regierung wenigstens noch ein Jahr bestehen zu lassen.

**Lübeck und Nachbargebiete.**  
Montag, den 22. Juli.  
Der Streik der Kohlenarbeiter dauert unverändert fort. Sorge Jeder für Fernhaltung des Zuzuges!

Eine mißglückte Aktion war es, die seitens der Firma Bernhöft u. Wilde, resp. deren Angestellten, Rutscher Meyer, in Szene gesetzt worden war. Am 1. Juli flog dem Rutscher M., als er mit seinem Wagen an dem Speicher der Firma D. u. W. vorbeifuhr, ein ziemlich großer Haufen Raketen nach, in welchem sich auch einige Weizenkörner befanden, ins Gesicht. Da Niemand in der Nähe zu sehen war, vermuthete M., daß die beiden auf dem Speicher der Firma D. u. W. beschäftigten Arbeiter F. und H. diesen Wurf ausgeführt hätten. Auf Veranlassung der Firma Bernhöft u. Wilde erstattete er dann gegen diese beiden Arbeiter Anzeige wegen thätlicher Beleidigung, da er annahm, daß er nur deswegen beworfen worden sei, weil er nicht mit streifte. Die beiden Angeklagten gaben in der Schöffengerichtsverhandlung am Freitag zu, es sei möglich gewesen, daß beim Weizenhanseln Etwas aus dem offenen Fenster herausgefallen sei; sie bestritten aber ganz entschieden, nach M. geworfen zu haben, da sie den Mann garnicht kennen und sie selbst auch nicht am Streik theilgehabt seien. Der Vorarbeiter G. erklärte als Zeuge, von dem ganzen Vorfall nichts zu wissen. Der Staatsanwalt vertrat, wie nicht anders zu erwarten war, die Ansicht, daß die Angeklagten zweifellos die Thäter gewesen seien. Der Zweck des Wurfs sei ja klar genug; er beantragte eine Geldstrafe von 50 Mk. Das Gericht war mit dem Staatsanwalt der Meinung, daß ein gewisser Verdacht gegen die Angeklagten vorläge; es könne aber nicht mit Sicherheit festgestellt werden, daß dieselben, resp. wer von ihnen der Thäter gewesen sei. Deshalb müsse auf Freisprechung erkannt werden. Interessant ist an dieser Sache, daß der Staatsanwalt den Zweck des Wurfs als „klar genug“ hinstellte. Es ist äußerst bezeichnend für unsere Rechtspflege, daß man alle Delikte, von denen vielleicht ein Arbeitswilliger betroffen wird, sofort in ursächlichen Zusammenhang mit irgend einem gerade stattfindenden Streik zu bringen versucht.

Ein kleiner Stumm scheint der Inhaber der Lübecker Drahtfabrik, W. Köpp, Catharinenstr. 23a, zu sein. Er betrachtet seine Arbeiter anscheinend nicht als Menschen, sondern als Individuen, mit denen er thun und lassen kann, was ihm beliebt. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit beschimpft er seine Arbeiter in einer Weise, die man bei gebildeten und willenden Menschen nicht voraussetzen sollte. Läßt die Behandlung sehr viel zu wünschen übrig, so sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse als geradezu erbärmlich zu bezeichnen. Ungelernte Arbeiter beziehen bei zehnstündiger Arbeitszeit den „horrenden“ Lohn von 25—27 Pfennig pro Stunde, gelernte Arbeiter einen Stundenlohn von 30 Pf. Trotzdem nun eine zehnstündige Arbeitszeit vereinbart worden ist, läßt der profitwüthige Arbeitgeber fast jeden Abend bis 8 Uhr arbeiten, ohne für die Ueberstunde extra zu bezahlen. Die Arbeiter verdienen also bei zwölfstündiger angestrengter Arbeit sage und schreibe drei Mark pro Tag. Des Ferneren läßt der Herr am Sonntag von 7—12 Uhr arbeiten, ohne hierfür eine Extravergrütung zu gewähren. Es erscheint recht zweifelhaft, ob Herr Köpp hierzu die erforderliche Erlaubniß eingeholt hat. Eine Mehrvergrütung für Arbeiten außerhalb des Bezugsbezirks, die jedem anderen Arbeiter gewährt wird, giebt es bei Herrn Köpp auch nicht. Ein fernerer Uebelstand ist der, daß die Arbeiter ihr Geld, anstatt am Sonnabend Abend, häufig erst Sonntags oder gar Montags erhalten. Den Arbeitern waren die hier geschilderten Mißstände schließlich über, sie versuchten Remedur zu schaffen; der Versuch war jedoch vergebens. Weil nun am Freitag Abend 4 Arbeiter um 6 Uhr Feierabend machten, wurden sie am Sonnabend Morgen von dem Herrn in harter Weise angefahren und beschimpft, worauf sie sich ihren Lohn auszahlen ließen und sofort dem sauberen Arbeitgeber den Rücken kehrten.

Wie manche Arbeitgeber Leben und Gesundheit ihrer Arbeiter achten, lehrt folgender Vorfall. In der bereits in heutiger Nummer erwähnten Lübecker Drahtfabrik, die erst kürzlich erbaut worden ist, führt eine ziemlich hohe Treppe von der Schloßerei zur Spinnerei; diese Treppe ist nicht mit einem Geländer versehen. Ein kleiner Fehltritt des die Treppe Passirenden genügt, und er liegt mit zerschmetterten Gliedmaßen unten. Als vor 14 Tagen das Gebäude von einem Mitglied der Baukommission abgenommen wurde, machte derjelbe Herr Köpp auf das fehlende Geländer aufmerksam. Herr Köpp erklärte, daß er das Geländer anbringen lassen wolle, zwei Arbeiter seien schon vorhanden. Kaum aber hatte das Mitglied der Kommission die Fabrik verlassen, da bemerkte Herr Köpp, das Geländeranbringen wollen wir vorläufig nur ruhig sein lassen. So sorgt dieser Herr für Leben und Gesundheit seiner Arbeiter.

Ein Waldbrand kam Sonntag Nachmittag zwischen 3 und 5 Uhr bei Waldhusen zum Ausbruch. Hossent, die es den vereinten Anstrengungen der dortigen Ein-



wohner gelungen, das Feuer recht bald auf seinen Feind zu beschränken.

**Streikbrecher** sucht die Kohlenfirma E. Pöschel u. Co. Dieselbe erläßt in hiesigen Blättern eine Annonce, nach welcher zwei oder drei Arbeiter bei hohem Akkordlohn für die Abfuhr der Kohlen zu stellen sind. Verlockend scheint das Inserat durch die Notiz: „Beste Jahresverdienst über 1400 Mk.“ Es handelt sich hier um Gesagte für jene festangestellten Arbeiter, die sich mit den Streikenden solidarisch erklärten und nach Ablauf der Kündigungsfrist gleichfalls die Arbeit niederlegten. Die Arbeiter haben, wie wir bei dieser Gelegenheit nochmals bemerken wollen, einen Vertrag zu unterzeichnen, nach welchem sie sich zur Kautionsleistung und zur Innehaltung einer vierwöchentlichen Kündigungsfrist verpflichten müssen. Das Sonderbarste an der ganzen Sache aber ist, daß keiner der Arbeiter die Abschrift eines Vertrages in die Hände bekommt; das ist ein Verfahren, welches zur schärfsten Kritik herausfordert. Wir zweifeln, daß sich trotz des verlockenden Angebots Arbeiter finden werden, die unter solchen geradezu entwürdigenden Bedingungen bei der Firma E. Pöschel u. Co. Arbeit annehmen.

**Einen bemerkenswerthen Beschluß** faßte der hiesige Zweigverein des Zentralverbandes der Maurer in seiner letzten Mitgliederversammlung. Da es recht häufig vorkommt, daß Gehilfen von einem Meister zum anderen verliehen werden, was eine große Schädigung der Arbeitslosen bedeutet, wurde beschlossen, daß das Verleihen von Gehilfen abgelehnt werden solle. Es ist zu erwarten, daß dieser Beschluß seitens der Meister strikte durchgeführt wird und daß sich kein Gehilfe fernerhin von seinem Meister verliehen läßt.

**Ein silberne Damen-Memorialuhr** ist einer hiesigen Ehefrau abhanden gekommen. Wahrscheinlich hat die Uhr einen Diebhaber gefunden.

**Feinschmecker** scheinen mehrere Diebe zu sein, die in der Nacht zum Freitag in das auf dem alten Turmplatze vor dem Burgtor belegene Restaurant einbrachen und dort mehrere Flaschen Arrac, Cognac, Portwein und Himbeersimonade, sowie eine Kiste mit Cigarren und eine Wetzstange entwendeten.

**Hoffnungsvoller Jüngling.** Der Sohn eines mit seinem Kanalschiffe im hiesigen Hafen liegenden Schiffers schlug einem dort beschäftigten Arbeiter mit einem eisernen Hafen ins Gesicht und verletzte ihn ziemlich schwer. Gegen den schlagfertigen Menschen wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet.

**Ein netter Radfahrer** ist ein hiesiger Arbeiter, der mit seinem Rade erst einen Knaben überfuhr und denselben dann noch mißhandelte. Eine Anzeige war die notwendige Folge dieser unschönen Handlungsweise.

**Die Beteiligung** an dem hiesigen Volksfestzug war eine recht schwache; selbst die Schützenbrüder, die doch die Arrangements des ganzen Festes sind, waren nur in geringer Anzahl vertreten. Im Festzuge bemerkte man neben einem halben Dutzend Radlern, den Heringsbändigern, Seifen- und Petroleumwagen auch die Oldesloer Ziegeleiarbeiter, die, in voller Tätigkeit, das Publikum mit Schmutz bewarfen. Auch ein Bergnügen! Sehr erstaunt waren wir über die Teilnahme der organisierten Buchdrucker der Firma Sutor am Festzuge. Wir denken doch, daß ein organisierter Arbeiter alle Ursache hat, derartigen Festzügen fernzubleiben. Und speziell hätten wir das von der „Elite der Arbeiterschaft“ erwartet.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Die Lohnbewegung der Erdarbeiter in Warnemünde ist beendet; ihre Forderungen sind bewilligt worden. — In Wilhelmshaven haben die Bauunternehmer eine allgemeine Aussperrung verhängt. Diese Maßnahme ist hervorgerufen durch die Weigerung der Streikenden, den Zugang freizugeben. Die bereits in Arbeit getretenen Streikenden sind sämtlich wieder entlassen worden.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** In Seelow bei Schönberg hat hoch oben im Kirchturm ein ganzer

Schwarm Vienen sein Heim aufgeschlagen. — Infolge eines Sturzes stürzte in Seide ein Einwohner von einem vollbeladenen Dorfswagen herab, geriet zwischen die Pferde und Dackel und verstarb auf der Stelle. — Von dem Giebel eines Neubaus stürzte in Bözen b. Segeberg ein Maurer so unglücklich in die Tiefe, daß er sofort verstarb. — In der Besigheimer Delfabrik am Holzhafen in Bremen brach Sonnabend Morgen gegen 5 Uhr Feuer aus, das einen Teil der Fabrik zerstörte. Das Feuer ist durch die Tätigkeit der Feuerwehr auf seinen Fortschritt beschränkt. Der Schaden beläuft sich auf ca. 300 000 bis 400 000 Mk.

**Hamburg.** Mit dem Schiedsspruch in der Angelegenheit der Akkordmaurer beschäftigte sich Donnerstag Abend eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hamburg des Zentralverbandes der Maurer. Nach längerer Auseinandersetzung fand folgende von Paepow eingebrachte Resolution Annahme: „Die am 18. Juli 1901 zu Hamburg tagende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Maurer nimmt Kenntnis von dem Schiedsspruch in Sachen der Akkordmaurer und spricht ihr tiefstes Bedauern über den Ausfall des Spruches aus. Die Versammlung hält den Schiedsspruch für einen groben Fehlspruch. Die Mitglieder des Zentralverbandes, soweit sie Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sind, werden verpflichtet, in den Parteiorganisationen sachdienliche Schritte zu unternehmen, damit der Schiedsspruch alsbald kassiert und ein Spruch im Sinne der Unterzeichner gefaßt werde. Aus der jetzigen Lage kann aber durchaus kein Grund hergeleitet werden, daß Kollegen der Partei den Rücken kehren oder in ihrer Tätigkeit für die Partei erlahmen. Die heutige Versammlung spricht die Erwartung und Überzeugung aus, daß die im Verband organisierten Maurer nach wie vor oder auch mehr als bisher für die sozialdemokratische Partei wirken werden. Die Versammlung verpflichtet aber die Kollegen, in keiner Weise mit den als Streikbrechern gekennzeichneten Maurern in den Parteiorganisationen zu verkehren.“

**Barth.** Eine Aufsehen erregende Mittheilung machte in der Sitzung des Bürgerausschusses dessen Vorsitzender. Nach ihm hat sich der Bürgerausschuß wiederholt bemüht, vom Magistrat eine Uebersicht über das Vermögen der Stadt zu erlangen, bisher jedoch ohne Erfolg; das Ersuchen wurde vom Magistrat stets abschlägig beschieden! Angesichts der Vertretungen des Senators Evers werde es, sagte der Vorsitzende weiter, allgemein in der Bürgererschaft sowohl als in der Vertretung derselben lebhaft bedauert, daß eine Vermögensübersicht unter Angabe der ständigen Einnahmen der Stadt nicht vorliege. Es bestehe die Ansicht, daß in diesem Falle die viele Jahre hindurch fortgesetzten Unterschlagungen längst entdeckt worden wären. Der B.-A. hält daher gerade den jetzigen Zeitpunkt für geeignet, auf seine Forderung zurückzukommen. Es wurde beschlossen, dem Magistrat mitzuteilen, daß der B.-A. in die Veranlassung des Hauptetats pro Johannis 1901—1902, welcher dem B.-A. zur Veranlassung und Beschlussfassung vorlag, nicht eintreten werde, als bis der Magistrat dem B.-A. eine Uebersicht über das Vermögen der Stadt und einen für die Bürgererschaft mehr übersichtlichen und verständlichen Etat vorlege.

## Aus Nah und Fern.

**Die Schnäbele-Affäre** taucht aus dem Dämmer der Vergangenheit nochmals auf durch Veröffentlichungen des „Figaro“. Diese Zeitung bringt einen Brief von St. Simonin, hinter welchem Pseudonym sich ein Freund des verstorbenen Präsidenten Jaurès verbirgt. Darin wird dargelegt, wie die scharf zugespitzte Affäre durch Eingreifen des Grafen Münster gütlich ausgeglichen worden ist. Der damalige deutsche Botschafter unterbreitete dem Fürsten Bismarck und Kaiser Wilhelm I. das Original des bekannten Briefes des Polizeikommissars Gauthier, welcher Schnäbele auf deutsches Gebiet gelockt hatte, um ihn dort zu verhaften. Dies bewirkte, daß Schnäbele sofort in Freiheit gesetzt wurde, nachdem der Kaiser von dem Briefe Kenntnis genommen hatte. Ein un-

geklärter Polizeikniff wurde vom deutschen Kaiser desavouiert und der Fall Schnäbele war beendet.

**Aufruhr im Zuchthaus.** Im Zuchthaus zu Asano bei Grosimone (Italien) kam es kürzlich zu einem Aufruhr. 300 Strafgefangene empörten sich nach einem augenblicklich sorgsam verabredeten Plane. Als am Morgen von den Aufsehern die Zellen geöffnet wurden, damit sich die Zuchthäuser nach den Arbeitsfäden begeben konnten, schleppten die Gefangenen 5 Aufseher gewaltsam mit nach den Arbeitsfäden und hielten sie hier als Geiseln fest. Der Aufseher Filippo Anastasi, der Widerstand leistete, wurde mit einem Schemel niedergeschlagen und lebensgefährlich verletzt. Der Zuchthausdirektor bemühte sich vergeblich, die rasenden Gefangenen aus der Ferne zu beruhigen. Sie zertrümmerten alles, was sie erreichen konnten, durchbrachen die Wände zwischen den verschiedenen Arbeitsfäden und brüllten und geberdeten sich wie wilde Thiere. Das Zuchthaus wurde von Militär umzingelt, auch das Dach wurde militärisch besetzt. Aber gegen die Aufrührer selbst konnte man nicht vorgehen, da sie sonst ohne Zweifel die fünf Wärter todtgeschlagen hätten. Die Zuchthäuser verlangten, mit der Gefängniscommission aus Rom zu sprechen, um bei ihr wegen des schlechten Essens vorstellig zu werden. Es blieb nichts übrig, als ihre Forderung zu erfüllen. So traf denn die Gefängniscommission in dem Zuchthaus ein, versprach Abstellung der Uebelstände und verlangte, unter der Bedingung, daß keiner der Aufseher bestraft werde, die Befreiung der fünf Aufseher. Die armen Teufel waren mehr todt als lebendig. Sie hatten sich 30 Stunden lang in der Gewalt der Zuchthäuser befunden und mehr als einmal geglaubt, daß ihr letztes Stündlein geschlagen habe. Dieser Fall zeigt wieder einmal recht deutlich, was für Zustände in den Strafanstalten Italiens herrschen.

**Eine hübsche Kleinbahngeschichte** weiß der „Zff. Gen.-Anz.“ zu erzählen. Bei der Einweihung der neuen Bahnstrecke Homburg—Friedberg am vorletzten Sonnabend ereignete sich ein heftiger Zwischenfall auf der Station Seulberg. Dort hatten sich die Vertreter der Gemeindebehörde nebst einer Abordnung der Industrie sowie der Landwirtschaft eingefunden und harrten in stummer Erwartung der Ankunft des von Homburg kommenden Festzuges, um ihn zu begrüßen und an der festlichen Fahrt theilzunehmen. Endlich ist der Zug in Sicht; alles ist auf das Höchste gespannt. Da — sei es, daß man vergessen hatte, die Seulberger mit auf den Festplan zu setzen, sei es, daß die überaus schön geschmückte Kleinbahn-Lokomotive im Bewußtsein ihrer Schönheit übermüthig wurde und es unter ihrer Würde hielt, anzuhalten — kurzum, der Zug faust in voller Geschwindigkeit, ohne auch nur Miene zum Anhalten zu machen, durch die Station, vorbei an den erwartungsvollen Gesichtern und eilt nach Friedberg. Aber die von Seulberg sind Männer der That und lassen sich durchaus nicht so leicht aus der Fassung bringen. Rasch entschlossen setzten sie sich in Trab, dieser verwandelt sich in Galopp, dann in Kleinbahn-Geschwindigkeit, und endigt damit, daß die tapfere Schaar fast gleichzeitig mit dem durchgegangenen Festzug auf der Station Friedberg eintrifft, gerade noch rechtzeitig genug, um in das Hoch der Friedbergseinfahrt einzustimmen, den ungetreuen Zug zu besteigen und nach Friedberg zu dampfen, wo der gemeinsame Durst bald alle Festtheilnehmer in schönster Eintracht vereinigte.

## Briefkasten.

**L. B.** Wenn Sie zwei Jahre ununterbrochen in Lübeck gewohnt haben, so haben Sie den Unterstüßungswohnort hier erworben.

Heut, Montag, Abends 8 1/2 Uhr, Obmännerung der vereinigten Arbeitergefangenenvereine.

## Sternschanz-Viehmarkt

Hamburg, 20. Juli.

Der Schweinehandel vertiefte ziemlich gut. Hugelrinder wurden 1000 Stück, davon vom Norden — vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Verlandschweine, schwere 57—58 Mk. leichte 58—59 Mk., Sauen 43—52 Mk. und Ferkel 57—58 Mk. pr 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Sonntag Mittag 12 1/2 Uhr entließ sich unser kleiner süßer Albert im Alter von 6 Monaten. Dies zeigt sich betäubt an  
**Albert Lau und Frau**, geb. Kähler.

Sonabend Abend entließ sich nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe Frau und meiner Kinder treuherzige Mutter  
**Elise Kellmann**, geb. Schwarz im 33. Lebensjahre.

Tief betrauert von mir, ihren Eltern, Geschwister und allen Verwandten  
**Carl Kellmann**.

Die Beerdigung findet am Dienstag den 23. Juli Vormittags 9 1/2 Uhr von der Kapelle des allgemeinen Kirchhofes aus statt. Beginn der Feier 9 1/4 Uhr.

Am Freitag den 19. d. Mts. verstarb unser treues Mitglied, der Hafenarbeiter  
**J. J. Ch. Suhrbier** im Alter von 43 Jahren. Seine letzten Wünsche! **Verband der Hafenarbeiter und verw. Berufsgenossen Deutschlands.** Mitgliedenschaft Schauerleite Lübeck. Die Beerdigung findet am Dienstag den 23. d. Mts. in Rostock statt.

Unserm Vorstehenden Reher vom Spat-Club „Vorwärts“ zur Silbernen Hochzeit ein donnerndes Hoch! **Landwirtschaftlicher Verein.**

**Logis zu verm. Watenigman 80.**

## Gutes Logis

Fischergrube 16, 1. Etage.

**Eine kleine Wohnung zu vermieten**

enthaltend Wohnstube, Schlafstube, Keller, Boden an Seite ohne Kinder Engelsgrube 24.

**Ein Bett u. Bettstelle billig zu verk.**

Regienstraße 24.

**Eine zweizugläufige Bettstelle**

amplendehalter zu verkaufen. Bahmstraße 46/12.

**Ein Ladentisch mit Lampe**

billig zu verkaufen. Brüderstraße 16.

**Fahrrad**, neu, sehr billig

Fischergrube 27, p. 1.

**Frau Gebamme Sommer**

Engelsgrube 12, gesund.

**Ihren reinigen 1,50, Federn einseken 1,50, 1 Jahr Garantie. Uhrmacher 1. Qual. 0,30. Aug. Büttner, Uhrmacher, Fischergrube 32.**

**1901er Frühbrut**

Gänse! Enten! Hühner! garantiert lebende Ankunft franco und zollfrei per Nachnahme: 7 Stück große vollkommen schlachtreife Gänse Mk. 20; 15 Stück schönste fettfleischige Enten Mk. 21; 20 Stück fetter Schlachthühner Mk. 18; 15 Stück halblebende Zuchthühner Mk. 20.  
**H. Kaphan, Bodwoloczyńska.**

## Passagierdampfschiffahrt.

Ab Travenpavillon 2,00 Nachm. Lübeck-Travemünde täglich. Lübeck-Dassow Mittwoch und Sonnabends. Näheres Fahrplan.

## Grosse Auction!

Dienstag den 23. Juli, Nachm. 2 1/2 Uhr

**14 Hundestraße 14.**

Gasthof „Stadt Schleswig“

über: 2 neue Garnituren mit je 2 Herren-Esseln und 4 Polster-Stühlen, Regulatoren, 2 Komoden, Waschtische, eine fast neue eiserne Bettstelle, Tische, Polster-Stühle, Wiener-Hochstühle, ein fast neues Sofa, Herren- und Damen-Memorialuhren, 2 neue Herren-Winterpaletots, 1 Salonbüchse, 2 Salon-Teppiche, Tapeten, Regens- u. Staubmäntel, Cigarren, Fuß- u. Pomade, Petroleum, Ofen,

**1 Papagei mit Bauer,**

Herren- und Damen-Schußwaaren, Spielfachen, Glaswaaren, Handharmonika, Wolle, Spizen, Band u. Vieles nicht Gen. mehr.

**Joachim Ch. B. Schmehl,**

Auctionator und Taxator.

## Holzarbeiter-Verband

## Mitglieder-

## Versammlung

am Dienstag den 23. Juli 1901

Abends 8 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen J. Stelling über: „In Nacht und Eis“.

2. Kartellbericht.

3. Fragekasten.

4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Die Lokalverwaltung.**

## Achtung!

## Kohlenarbeiter!

**Heute Abend**

am Montag den 22. Juli 1901:

**Mitglieder-**

**Versammlung**

Tages-Ordnung:

Der Streik der Kohlenarbeiter.

Verschiedenes.

**Der Vorstand.**

**Verband der Fabrik-, Land-, Gütler-**

**arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**

(Zahlstelle Lübeck.)

## Comité-Sitzung

am Dienstag den 23. Juli 1901

Abends 8 1/2 Uhr

bei F. Lecke, Lederstrasse 3.

**Freiwillige Krankenkasse.**

G. S. Nr. 6.

## General-Versammlung

am Mittwoch den 24. Juli 1901

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

**Der Vorstand.**



## Eine sozialreformerische Konferenz.

Im Reichsamt des Innern hat, wie f. Bt. kurz gemeldet, am 6. Juli eine Konferenz getagt, die sich mit der Frage zu beschäftigen hatte, wie eine Regelung der Hausarbeit in der Tabakindustrie herbeigeführt werden könne. Seit Jahren ertönen die Klagen der organisierten Tabakarbeiter über die innere Zerrüttung der Cigarrenindustrie durch die Hausarbeit. Verlängerung der Arbeitszeit, Erniedrigung der Löhne, größere Inanspruchnahme der Kinderarbeit, Vergiftung der Wohn- und Schlafräume sind die Folgen der Hausarbeit, unter denen die Arbeiter der Degeneration verfallen.

Diese schweren, um sich greifenden Uebelstände durften nicht mehr unbeachtet gelassen werden, deshalb entsandte das Reichsamt des Innern vor mehr denn Jahresfrist einige Regierungsräte in westfälische Bezirke, um sich dort über die Heimarbeit in der Tabakindustrie zu informieren. Die Art und Weise, wie dies geschah, forderte die Kritik heraus, denn die Herren Regierungsräte wurden vor ihren Besuchen bei Hausarbeitern angemeldet. Selbstverständlich wurde dafür gesorgt, daß die Herren alles hübsch sauber fanden.

Nachdem nun Jahr und Tag verstrichen ist, hat man es endlich für nötig gehalten, Sachverständige zu einer Verhandlung über diese Materie heranzuziehen. So waren denn am 6. Juli vier Gewerberäte, acht Cigarrenfabrikanten und acht Cigarrenarbeiter im Reichsamt des Innern zur Beratung versammelt. Aber wie im Posadowski'schen Betriebe alles für die Unternehmerinteressen gedeihen muß, so auch in diesem Falle.

Die Organisation der Unternehmer, der „Deutsche Tabakverein“ war vertreten durch seinen Vorsitzenden, Herrn Kommerzienrath Collenbusch-Dresden, sowie durch Kommerzienrath B. i. e. r. m. a. n. n.-Bremen; die Organisation der Arbeiter dagegen, der „Deutsche Tabakarbeiter-Verband“, war von der Beratung ausgeschlossen, obwohl gerade er es ist, der die Schäden der Hausindustrie aufdeckt und durch sein unablässiges Drängen den Anlaß zum Eingreifen gab. Die Einseitigkeit dieses Verfahrens wird aber noch hervorgerufen durch die Thatsache, daß sich Regierungsbeamte in Generalversammlungen des Deutschen Tabakvereins so wohl wie auf privatem Wege mit den Unternehmern über die Frage ins Einvernehmen setzten, ohne andererseits die Erfahrungen der Arbeiter in Anspruch zu nehmen.

Das Resultat dieses einseitigen Verfahrens kommt denn auch in den Fragen zum Ausdruck, mit denen sich die Konferenz zu befassen hatte. Diese Fragen schließen nicht nur eine Diskussion über die Möglichkeit eines Verbots der Hausarbeit in der Cigarrenindustrie ganz aus, sondern verathen auch, wie das Reichsamt des Innern ganz den Intentionen der Unternehmer gemäß der Hausarbeit den Pelz waschen will, ohne ihn naß zu machen. Die Regierung hat nicht einmal gewagt, die für Cigarrenfabriken bestehenden bundesrätlichen Vorschriften zur Grundlage der Beratung zu machen, obgleich diese Vorschriften nach mancher Richtung hin verschärft werden müßten, um gesundheitliche Nachteile in den Fabrikbetrieben zu beseitigen.

Es kommt ja den Unternehmern nicht in den Sinn, die Industrie durch verständige Maßnahmen überhaupt zu heben, die wilde Profitgier hat ihr ganzes Sein erfährt und die korrupteste Methode ist ihnen gerade gut genug, schnell Gewinne zu erringen. Jedermann weiß, daß die billigeren Hausarbeit der Schnupftabakindustrie das Leben giebt und daß darunter die soliden arbeitenden Geschäfte leiden. Es müßten darum eigentlich alle Unternehmer, die nur in Fabriken arbeiten lassen, sich gegen die Hausarbeit an die Seite der Arbeiter stellen und ein Verbot der Heimarbeit fordern. Aber es sind weiße Raben, die das thun, die meisten werden von ihrem Egoismus daran gehindert; sie sagen sich, der

Tiefstand der Löhne in der Hausindustrie verhindert auch ein Aufsteigen der Löhne bei der Fabrikarbeit. Lieber nehmen sie die Schnupf- und Schwindelfabrikanten in den Kauf, als daß sie durch Beseitigung der Hausindustrie die Lage der Arbeiter heben helfen. Und doch müßte ein Verbot der Hausarbeit der ganzen Industrie zu gute kommen, auch den Unternehmern.

Der Geheimrath Posadowsky's Hände es natürlich schlecht an, sich den Wünschen der Unternehmer entgegenzustellen, in deren Sinne sie eine Reihe von Fragen aufstellten, über die hinaus keine Wünsche und Forderungen ausgesprochen werden durften. Danach stellt sich die Konferenz nur als eine Staffage dar für die mit den Unternehmern bereits getroffenen Abmachungen. Das wird auch dadurch bestätigt, daß man beispielsweise aus den westfälischen Bezirken, wo die Hausarbeit geradezu lebensgefährlich für die Arbeiter geworden ist, indifferente Arbeiter, die sich um Organisation und öffentliche Angelegenheiten nicht kümmern, dem „Vorw.“ zufolge zur Konferenz heranzog. Wie hübsch nimmt es sich aus, wenn man dann vor dem Reichstag, überhaupt vor der Öffentlichkeit sagen kann: Wir — die Reichsregierung — haben sogar Arbeiter zur Ventilierung dieser wichtigen Frage herangezogen und — sie waren mit uns einig, sie haben ja gesagt.

In der That ist dies geschehen. Daß aber die Fragen so konstruiert sind, daß die Arbeiter nicht nein sagen, aber auch etwa weitergehende Wünsche nicht anbringen konnten, das wird nicht gesagt. Geheimräthe scheinen eben nur dazu da zu sein, sozialpolitische Untersuchungen zu verballhornen.

Welcher Cigarrenarbeiter würde, wenn er vor die Frage gestellt wird, ob es „erwünscht und durchführbar“ sei, die Vornahme aller zur Herstellung von Cigarren erforderlichen Vorrichtungen zu verbieten: a) in Räumen, deren Fußboden 1,50 Meter unter der Oberfläche des Bürgersteiges oder des Hofes liegt; b) in unverschalteten Dachräumen; c) in Schlafräumen? — welcher Arbeiter würde da mit nein antworten? Erwünscht ist nicht nur dies, erwünscht, daß die bundesrätlichen Vorschriften Anwendung finden, daß besondere Arbeitsräume neben den Wohnräumen vorhanden sein müßten, und noch erwünscht, daß die Hausarbeit ganz verboten würde.

Die angekündigte Frage ist aber die Grundfrage, die an der Hausarbeit nicht im mindesten rüttelt, die aber das Wohnungselend der Hausarbeiter ahnen läßt. Daß das in der Frage angeregte Verbot durchführbar ist, steht außer Zweifel. Wer aber trägt die Kosten? Die Unternehmer? Keineswegs. Die zahlen die niederen Löhne weiter, von denen die Arbeiter dann die Kosten einer besseren Wohnung bestreiten müssen. Entweder müssen sie dann den Hungerriemen noch mehr anziehen, oder die Arbeitszeit noch länger ausdehnen, damit sie mehr Cigarren liefern können, um den Ausfall zu decken. Eine hübsche Aussicht für die Unternehmer, eine traurige für die Arbeiter!

So muß alles den Unternehmern zum Besten dienen. Die weiteren Fragen sind der gleichen zwitterhaften Natur. So die, ob das Abkippen, das Mischen und Lagern von Tabak in Wohn- resp. Arbeitsräumen zu verbieten sei. Die Antwort darauf lautet: Das Abkippen und Mischen von Tabak ist, wenn dieser feucht ist, gestattet sein, das Lagern von 5 Kilogramm für einen Arbeitstag ebenfalls.

Wie werden die Cigarrenarbeiter über diese Art der Sozialreform ihren Spott ergießen! Wer will denn kontrollieren, ob der Tabak trocken ist, wenn der Hausarbeiter gerade die Mischung, die den lungengefährlichen Staub aufwirbelt, vornimmt? Der ganze am grünen Tische sich spreizende Unverstand schillert in dieser Frage.

Weiter soll das Trocknen von Tabak in den Wohnräumen nur gestattet sein, „wenn ausreichende Fürsorge gegen hiervon drohende Gesundheitschädigung getroffen ist“, wozu man empfiehlt, „in die Doffnung einen besonderen Rahmen mit Luftabschluß einzuschließen, wie das z. B. in

den Schriftgeheeren seit Jahren eingeführt worden ist.“ Die Arbeitsräume sollen mindestens 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Meter hoch und mit zu öffnenden Fenstern, sowie festem und dachtem Fußboden versehen sein; ferner sollen sie für jede mit Rollen, Wädeln oder Entrippen beschäftigte Person 10 Kubikmeter Luftraum bieten.

Das letztere klingt besonders fürsorglich, aber nur auf dem Papier. Zwar sollen nach einer anderen Bestimmung Kinder unter 12 Jahren nicht zu den zur Herstellung von Cigarren erforderlichen Arbeiten herangezogen werden dürfen, aber auch diese Bestimmung wird nicht innegehalten werden in den Familien, die viel Kinder haben und wo die Kleinen mit herangezogen werden zum Abkippen, damit die älteren Familienmitglieder Wädel machen oder rollen können, um nur den nötigen Unterhalt für die Familie zu verdienen, denn die niedrigen Löhne spotten ja jeder menschlichen Existenz. Und wer wird in solchen Fällen feststellen, wieviel Kinder arbeiten? Der Schullehrer? Gut, dann arbeiten die, die noch nicht in die Schule gehen, wie das heute schon vielfach der Fall ist. Ist dann für jeden Arbeiter für 10 Kubikmeter Luftraum gesorgt?

Uebrigens, wenn nur drei Familienglieder arbeiten, dann braucht der Raum nur 30 Kubikmeter zu enthalten, aber wenn er zugleich Wohnraum ist, werden doch die übrigen in dem Bjerch mit leben müssen. Kurz, die ganze Geheimrathsarbeit stellt elendes Stroh- und Strohwerk dar, das „für die Katz“ ist.

Und wie es in unsem für die Unternehmer fürsorglichen Staatsweisen gar nicht anders sein kann, soll es für diese großartige Sozialreform auch noch Ausnahme und Uebergangsbestimmungen geben. Fünf Jahre soll Frist gegeben werden, die Beschränkungen für Arbeitsräume durchzuführen. Inzwischen also geht alles seinen alten Gang, die Ausbeutung der Hausarbeiter wuchert weiter, die Industrie empfindet diese Schäden im allgemeinen immer mehr, aber es ist eine große Sozialreform ins Werk gesetzt worden, d. h. wenn die Weisheit der Tabakkonferenz als Gesetz zu Papier gebracht wird.

Dieses Papier wird abermals vor der Welt bestätigen, daß Unternehmertum und Regierung ein Herz und eine Seele sind.

## Soziales und Parteileben.

**Streik und Lohnbewegungen.** Der Streik der Zimmerer in Köln dauert unverändert fort. — In den Ausstand getreten sind die Arbeiter der Mailänder königlichen Tabakfabriken. Der Finanzminister verfügte, daß die Fabriken so lange geschlossen bleiben, als die Arbeiter nicht freiwillig die Arbeit wieder aufnehmen. Die Meldung, daß die Arbeiter der übrigen italienischen Tabakfabriken sich mit den Streikenden solidarisch erklärten, hat sich bisher nicht bestätigt. — Die Barbier- und Friseurgehülfen von Paris befinden sich zur Zeit in einer Bewegung zur Erringung des Achtuhr-Lohnschlusses. Ferner fordern sie, daß die Geschäfte an den Sonntagen um 5 Uhr Nachmittags geschlossen werden. Ein Theil der Selbstständigen unterstützt die Forderungen der Gehülfen.

**Und fallen ich' ich Zweig auf Zweig!** Der Delegirtenrat des Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereins der deutschen Cigarren- und Tabakarbeiter, der vor einigen Tagen in Heidelberg stattfand, beschloß nach längerer Debatte, den berühmten Reversdaragraph, der die Ausschließung resp. Nichtaufnahme von Sozialdemokraten vorschreibt, aus dem Statut zu streichen.

**Aus den christlichen Gewerkschaften.** Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands steht mit dem bayerischen und württembergischen Parteikongress der christlichen Gewerkschaften wegen des Anschlusses dieser beiden Korporationen an den Gesamtverband in Unterhandlung.

## Judith Trachtenberg.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

(7. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Da hat ihn wohl auch der Schlossgarten interessiert?“ fragte Agnor.

„Gewiß! Aber dort ist Bergheimer nie gewesen.“

„Warum nicht?“

„Er durfte ja nicht. Der Eintritt ist Juden verboten, wie die Tafel am Eingang sagt. . . Sie dürfen aber nicht glauben,“ fügte Judith hinzu, „daß ihn dies verbittert hat. Es ist wohl kein böser Wille unserer Herrschaft, pflegte er zu sagen, an jedem Schlossgarten in Podolien steht eine solche Tafel; wer sie wegstun wollte, dem würde das am Ende gar verargt werden! Bergheimer ist ein so milder, ein so edler Mensch! Und für sich eine Ausnahme zu erwirken, war er nicht zu bewegen, so sehr es ihn zu den Blumen zog. Vielleicht erlaubt es der Gärtner, meinte er, aber ich wills nicht besser haben, als meine Brüder! und er hat recht gehabt!“

„Da haben denn wohl auch Sie den Garten nie betreten?“

„Doch!“ erwiderte sie erröthend. „Ich bin oft dort gewesen, mit Wanda oder den Töchtern des Bürgermeisters, zuweilen auch allein. Die Wächter kannten mich, aber sie schwiegen. Und ich — sie stockte — „ich war schwach genug, mich dessen zu freuen; ich dünkte mich besser als die andern. Aber ich habe es redlich abgebußt! Wie mir zu Muthe war, als ich erkannte —“

„Durch die Szene hier im Hause?“ fiel er ihr ins Wort. „Ich weiß ja seit gestern, welchen Eindruck sie Ihnen gemacht haben muß. Mit Unrecht, Fräulein Judith! Glauben Sie mir, diese Klust —“

Sie lauschte regungslos, gleichwohl stockte er. Nein, er konnte und durfte nicht lügen.

„Diese Klust!“ mahnte sie endlich.

„Ist doch wohl nicht so tief. . . . Aber wozu darüber sprechen. . . . Also in Heidelberg wird. . .“

Ein trauriges Lächeln umspielte ihren Mund. „Sie sind ein ehrlicher Mann, Herr Graf,“ sagte sie. „Auch vorhin hatten Sie allein den Muth, die Wahrheit zu sagen. Und nun verstehe ich auch, warum ich den Namen jener Esther nie gehört, weder vom Vater, noch von Rafael oder von Bergheimer. . .“

„Wie so?“

„Ihr Antlitz flammte. „Sie war ja eine Verworfenne,“ sagte sie.

„Ein herbes Urtheil! Erwägen Sie doch, wie sehr Kasimir Sie liebte. . .“

„Das eben glaub' ich nicht. . . . Ich sollte vielleicht nicht darüber sprechen, es gilt ja als unschicklich. Aber warum sollte ich's verschweigen? Liebt er sie wahrhaft, so mußte er sie zu seinem Weibe machen, und war dies nicht möglich, weil er ein König war und sie ein Judenkind, so mußte er ihr fernbleiben und sie nicht dem schlimmsten Geschick preisgeben: der Verachtung. Unter uns Juden wenigstens wird ihr Name sicherlich, wenn überhaupt, dann nur zum Bösen genannt.“

„Das weiß ich freilich nicht,“ erwiderte er, „aber wer menschlich fühlt, dürfte sie selbst auch dann nicht erbarmungslos richten, wenn Kasimir kein König gewesen wäre. Nehmen Sie an, sie habe ihn aus ganzer Seele geliebt!“

Sie schüttelte den Kopf.

„Das glauben Sie nicht?“

„Ich weiß nicht. . . .“ Sie schien fassungslos vor Scham und Verlegenheit, fuhr dann jedoch tapferer fort: „Wenigstens habe ich von solcher Liebe nie unter uns gehört. Meine Eltern — eine zärtlichere und glücklichere Ehe hat es schwerlich gegeben und doch haben sie sich erst bei der

Verlobung kennen gelernt. Und so ist's fast immer. Ich glaube, darin sind wir anders!“

„Glauben Sie dies wirklich?“ rief er. „Dann wäre ja auch jene Klust von der Natur selbst gezogen, dann wären Sie nicht Menschen wie wir. Aber ich meine, Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Die Abgeschlossenheit, das Festhalten an der uralten Sitte hat Ihr Volk dazu geführt. Wenn ich Sie so vor mir stehen sehe, warum sollte Ihnen. . .“

„Sprechen Sie nicht von mir!“ bat sie mit gefalteten Händen und so stehenden Tones, daß er schwieg.

„So stumm?“ Klang eine lachende Stimme in diese schwüle Stille hinein, es war Frau Anna.

Als Judith am nächsten Tage zur Mittagsstunde das Speisezimmer betrat, kam ihr der Vater freudig entgegen. „Ein Brief von unserm Lieben,“ rief er. „Aus Breslau. Sie haben die Reise bisher ohne Unterbrechung zurückgelegt, wollen aber nun acht Tage dort bleiben, ehe sie über Sachsen und Bayern an den Niedar gehen. Denke nur, Bergheimer hat in Breslau einen ehemaligen Mainzer Schüler gefunden, der jetzt als Bankier dort etablirt ist, Berthold Wertheimer heißt er; er kann den jungen Mann nicht genug rühmen. Ich habe schon an Rafael geschrieben, auch die heutige That unseres Grafen habe ich ihm mitgetheilt — wie hat er, wie haben wir alle dem edlen Manne Unrecht gethan!“

„Welche That?“ fragte Judith.

„Du weißt es noch nicht? In der ganzen Stadt spricht man von nichts anderem. Die Tafel am Eingang des Schlossgartens steht nicht mehr und er hat es uns Vorstehern in einem freundlichen Briefe mitgetheilt. . . . Du schreibst doch an Rafael ein Wort hinzu? Er läßt Dich herzlich grüßen und fügt bei: „Judith's Versprechen beim Abschied, unserer letzten Unterredung eingedenk zu bleiben, macht mich froh und heiter!“ Was meint er damit?“

„Nichts,“ murmelte sie, halb abgewendet. „Eine Anekdote.“



Der christliche Holzarbeiter-Verband ist im Begriff, mit den christlichen Holzarbeitern der Schweiz einen Kartellvertrag abzuschließen.

**„Unbescheidene“ Arbeiter.** Der „Ges.“ berichtet: Die Unbescheidenheit der in Preußen beschäftigten russisch-polnischen Arbeiter wächst mit der Nothlage der Landwirthe. Auf dem Rittergute Hölben revoltirten heute aus Nichtigen Ursachen 50 russische Arbeiter, so daß der Arbeitgeber ihre Zurückführung nach Rußland veranlassen mußte. — Es müssen schöne Zustände auf den deutschen Gütern sein, wenn die bedürftigsten polnischen Arbeiter unzufrieden werden.

**Schlechte Nachrichten aus dem Ruhrkohlengebiet.** Wie aus Köln gemeldet wird, eröffnen sich den Bergleuten im Ruhrkohlengebiet traurige Aussichten. Außer zahlreichen Feuerschäden folgen nunmehr Lohnherabsetzungen und Arbeiterentlassungen. Auf der Zeche „Präsident“ in Bochum wurde durch Anschlag eine Lohnkürzung vom 1. August ab von 20 Pf. auf 18 Pf. bekannt gemacht, ferner 97 Arbeiter gekündigt, während 180 freiwillig gehen. Ebenso sind auf den Zechen des Steeler Reviers Lohnherabsetzungen angekündigt und in einzelnen Werkstätten des Bochumer Vereins wurden Arbeiterentlassungen vorgenommen. Als auf der Grube „Orange-Rassau“ bei Heerlen einer Anzahl Arbeiter gekündigt wurde, zog ein großer Trupp anderer Arbeiter mit zwei Fahnen zur Grube und verlangte den rückständigen Lohn nebst Abfehrschein. Beides wurde bewilligt.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Durch die Explosion einer Granate sind in Landsberg a. W. fünf Personen zum Theil recht schwer verletzt worden. Beim Roggenmähen in der Gegend von Jahnstfelde, wo die in Landsberg stehende dritte Batterie des Feldartillerie-Regiments Nr. 54 ihre Schießübungen abhält, fanden Arbeiter ein untreptes Geschöß. Zwei von ihnen, die Soldat gewesen sind, — der eine ein Artillerist, — nahmen das Geschöß trotz des erlassenen Verbots mit nach Hause, und nach Feierabend machten sie sich an dem Sprengstoff zu schaffen, wozu sich auch Neugierige einfanden. Plötzlich ertönte ein heftiger Knall, das Geschöß war in der Hand des ehemaligen Artilleristen explodirt, und die umhergeklebten Sprengstücke trafen ihn und vier andere Personen. Der Arbeiter Marx, der die Granate bei der Explosion in der Hand hielt, erlitt Verletzungen an den Händen und am Oberarm, eine Frau erhielt einen Streifschuß an der Stirn, zwei Arbeiter wurden an Händen und Füßen verletzt, und ein gerade vorübergehender Eigentümer wurde von einem Granatsplitter an der Brust getroffen. Dem Arbeiter Marx wurden zunächst zwei Finger der rechten Hand amputirt. Todtlich ist glücklicher Weise keine der Verletzungen. — Der Gefängnißaufseher Franz Reinhard in Elberfeld pflog vorchristlich mit Gefangenen freundschaftlichen Verkehr und war sogar bereit, einen ihm von einem Gefangenen übergebenen Brief an dessen Sozin, in welchem ein Fluchtplan auf das sorgfältigste vorbereitet war, zu expediren. Reinhard, der den Brief vorher gelesen hatte, änderte nun die ihm in demselben versprochenen 5 Mark Botenlohn in 15 Mark ab und besorgte denselben. Dem Empfänger machte R. ganz genaue Angaben über die Flucht. Durch einen Zufall kam die Sache ans Licht. Reinhard wurde von der Ferienstrafkammer zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilt. — Im Stadtgebiete von Leopoldsdorf (Anhalt) sind in den letzten Tagen neue heftige Erdbeben aufgetreten. Tiefster Punkt der Erdbeben beträgt 21 Meter unter der früheren Lage. Zahlreiche Häuser sind andauernd gefährdet. — Ueber ein neues Opfer der Duellseuche wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Der Würzburger Mediziner August Hauck von Reutstadt a. S. hatte am Freitag vor vierzehn Tagen eine Säbelfechter und wurde von seinem Gegner, einem Verkehrsgast einer Würzburger Korporation, überfallen. Hauck ist in der Heilanstalt in Würzburg, die er alsbald aufsuchte, an Wundstarrkrampf verfallen. — Durch Gasausströmung wurden nach einer Meldung aus Dux (Böhmen) im Ludwigschacht bei Rutteritz am Donnerstag Abend drei Arbeiter getödtet, zwei schwer verletzt. — Den Schauplatz einer Schandthat bildete am Mittwoch in Wien die kleine Carlsgasse in der Leopoldstadt. Der Zugführer und Stabschornist Bodnar vom 25.

Infanterie-Regiment ging dort mit seiner Geliebten spazieren. Auf dem Wege schlich sich die ehemalige Geliebte des Bodnar, Marie Sinowich, an das Paar heran, machte der Begleiterin des Bodnar heftige Vorwürfe und versetzte ihr im Laufe des Streites eine Ohrfeige. Der Zugführer zog darauf seinen Säbel und versetzte der Sinowich mehrere Stöße über das Gesicht sowie auf den Rücken, daß sie schwer verletzt und blutüberströmt zusammenstürzte. Bodnar wurde durch Passanten und einen Wachmann festgenommen und dem Militärgericht überwiesen. — Sieben Insassen des Irrenasyls in Marseille sind aus der Anstalt geflüchtet, zwei konnten bisher nur ergriffen werden. — Ein Falschmünzergestalt wurde von der Polizei in London ausgehoben. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Deutsche: der Schuhmacher Max von Bergen und die ledige 38jährige Anna Wendt, ferner zwei Franzosen: Jules Delarey und Raoul Faivre, Uhrmacher, und ein Belgier Namens Paul Francois, ebenfalls Schuhmacher. — 15 Räuber überfielen, wie aus Jaroslaw gemeldet wird, in der Nacht zum Freitag 6 Werst vor Moskau einen Güterzug. Das Personal des Zuges wehrte im Verein mit Streckenarbeitern die Räuber ab und nahm einen derselben fest. Die andern entkamen in den Wald. — In den letzten Wochen wurden auf dem Schwarzen Meere an der kaukasischen Küste wiederholt Wasserhöfen, ein dort sehr seltenes Natur-Ereigniß, beobachtet. Am 1. Juli sah man auf offener See in der Nähe der Bucht von Noworossisk zwei Wasserhöfen, die eine um 9 Uhr Vormittags, die andere um 3 Uhr Nachmittags. Am folgenden Tage ging eine ungeheure Wasserhohe beim Kloster Nowy Afon, nördlich von Suchum Kale, am Ufer vorüber. Sie ergriff einige Fischerboote und ein türkisches Segelboot, auf denen sich mehrere Leute befanden, die alle ertranken. — Als Urheberin des Brandes im Sultanspalast zu Konstantinopel wurde die langjährige zweite Kammerdame des Harems mit dem Titel Haganader Ufta, eine frühere Favoritin des Sultans, ins Gekerkert. Ein Dampfer bringt sie nach Medina. Ein Fort in der Nähe der Stadt ist zu ihrer dauernden Aufnahme bestimmt. Der Kommandant erhielt besondere Instruktionen für ihre Bewachung. — Wieder ein Akt der Gerechtigkeit wird aus Amerika berichtet. Ein halb betrunkener Neger zog in einem Eisenbahnzuge in Süd Carolina seinen Revolver und fing an zu schießen. Er tödtete einen Weißen und verwundete einen andern. Die Fahrgäste ergriffen darauf den Mörder, schleppten ihn nach der Plattform am Ende des Zuges und warfen ihn von dort herab, als der Zug über eine 90 Fuß hohe Blockbrücke fuhr. Der Neger war sofort todt.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Von den Anklagen der Majestätsbeleidigung wurde in Brüssel die Schneiderin Ida Schneider freigesprochen. Sie soll am Tage nach dem Bremer Vorfall einer „guten Freundin“ gegenüber eine den Kaiser verletzende Aeußerung gethan haben. Die Angeklagte erklärte, daß die beschimpfende Aeußerung sich nicht auf den Kaiser, sondern auf Weiland bezogen habe. Die Denunziation war erfolgt mehrere Wochen nach dem Vorfall, nachdem beide Frauen gelegentlich eines Hausstreites sich verunreinigt hatten. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängniß beantragt.

**Was ist eine Nasenspiße unter „Brüdern“ werth?** Diese Frage beantwortete die Koburger Strafkammer, indem sie einen Meiningener Kutscher, welcher jenen edlen Körpertheil einem Genossen im Streite abgebißen hatte, 200 Mark Buße auferlegte. Außerdem verabschiedete sie dem bißigen Herrn zwei Monate Gefängniß, damit er in Zukunft die Nasenspiße seiner Mitmenschen in Ruhe läßt.

**Zu einem tragikomischen Mißtritt** kam es am Donnerstag Abend in der Büdlerstraße in Berlin. Der Frau eines dortigen Hausbesizers war der Verdacht gekommen, daß ihr Gemahl sich hübschen Mietherinnen gegenüber liebenswürdiger erweist, als ihr angenehm sein konnte. Sie pochte daher, als sich ihr Mann auf den Treppen des Hauses zu thun machte, durch das Guckloch der Entree Thür scharf auf und hatte schließlich das „Glück“, ihren Mann zu erblicken, als dieser eine die Treppe heraufkommende Dame um den Hals fiel und sie abküßte. Ohne sich lange zu besinnen, nahm die entrüstete Ehegattin den bereitstehenden Wasserkübel, riß die Thür auf und goß den gegenwärtigen Küßenden aus. Jetzt erst, nachdem sich die pudelnackte Gewordenen mit lauten Aufschreien aus ihrer Umarmung gelöst hatten, sah die Hauswirthin, daß sie

ihrer eigenen Mutter, welche ihr einen Ueberwachungsbesuch abstatten wollte, einen so kühnen Empfang bereitet hatte. Die Heiterkeit der zahlreichen Augenzeugen des Vorfalls, die sich in Folge der Angstrufe auf der Treppe eingefunden hatten, kann man sich leicht vorstellen.

**Die Sozialdemokratie ist grober Unfug.** Diese Konsequenz aus der vielerorts beliebten Sozialistenbekämpfungsmethode zog mit kühnem Muthe das Schöffengericht in Gräfenthal. Der Genosse Guido Müller, Glasbläser in Lancha, hatte im Frühjahr d. Js. am Schluß einer öffentlichen Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht. Dadurch fühlten sich der Gendarm, der Schultheiß, sowie zwei in der Anklageschrift benannte Anwesende „in ihren patriotischen Gefühlen gekränkt“. Müller erhielt deshalb vom Ortschultheiß eine Strafverfügung über 10 Mk. wegen Begehung groben Unfugs und das Schöffengericht in Gräfenthal erhöhte auf eingelegte Berufung die Strafe auf 20 Mk. oder 14 Tage Gefängniß. Das Schöffengericht erklärte, daß jede sozialdemokratische Demonstration, auch wenn dieselbe sich vollständig ordnungsgemäß vollziehe, ein grober Unfug sei! Bei diesem salomonischen Urtheilspruch beruhigte sich Müller jedoch nicht, sondern ging mit seiner weiteren Berufung an die Strafkammer und diese sprach den Angeklagten kostenlos frei, indem sie in ihrem Urtheil vernünftigerweise anführte, daß jemand, der freiwillig in eine sozialdemokratische Versammlung gehe und dort, ohne in seinen patriotischen Gefühlen verletzt zu werden, eine zweifelhafte sozialdemokratische Rede anhöre, sich unmöglich aufregen könne, wenn am Schluß der Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht werde.

**Ueber einen Akt roher Brutalität** hatte das Kriegsgericht der dritten Division in Dresden zu urtheilen. Der Körperverletzung angeklagt waren der Gefreite Pfühner, der Husar Richter und der Husar Jenner. Sämmtliche Angeklagte gehören der 4. Eskadron des 2. (Königin-)Husaren-Regiments Nr. 19 in Grima an. Zur Aufklärung des Sachverhaltes waren sieben Husaren, darunter der verletzte Husar Müller, sowie als Sachverständiger Oberstabsarzt Dr. Wille geladen. Die schon einige Wochen in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten sollen, was Richter anbezieht, am Morgen des 24. Mai d. J. auf dem Kasernhofe dem Husaren Kurt Müller mehrere heftige Faustschläge ins Gesicht versetzt haben, sowie alle drei im Hornigen Quartier den Müller mit Obergurten furchbar über die Rückseite des ganzen Körpers geschlagen haben. Während Pfühner und Richter taktweise auf Müller ihre wuchtigen Stöße niederließen, wodurch dem Müller nicht unerhebliche Wunden entstanden, hat der Angeklagte Jenner den Husar Müller gehalten und dessen Kopf nach unten gedrückt. Sobald sich Müller gewehrt, hat ihn Jenner heftig ins Gesicht geschlagen. Nachdem der zehnte Schlag gegeben war, fiel Müller von der Bank, worauf er von einem der Angeklagten in einen offenstehenden Schrank gestochen wurde. Müller fiel so unglücklich, daß er mit dem Kopfe auf den unteren Theil des Schrankes auftraf und bewusstlos liegen blieb. Kurze Zeit darauf stellten sich epileptische Anfälle bei Müller ein, die seine Unterbringung in die Revierkrankenstube bezw. ins Lazareth nöthig machten, wo sich Müller heute noch befindet. Die Untersuchung hat am Kopfe, Rücken, Gesicht und Oberarm erhebliche Anschwellungen und blutunterlaufene Wunden ergeben. Durch die Beweisaufnahme konnte zu Gunsten der Angeklagten festgestellt werden, daß die Krampfanfälle nicht allein von der grauenhaften Behandlung der rohen Soldaten herrührten, sondern daß Müller etwas dazu veranlaßt gewesen sein mag. Nach dem Ergebnisse der Beweisaufnahme hielt der Gerichtshof die Anklage für gedeckt und belegte unter Ausschluss mitbetheiligter Umstände Pfühner und Richter mit je sechs Monaten Gefängniß, während Jenner mit drei Monaten davonkam.

**Militärgerichtsbarkeit.** Erzelenz: „Ah ja, Sie sind Vorsitzender des Kriegsgerichtes. Merken Sie sich eins: Respekt vor der richterlichen Ueberzeugung —, aber Freisprechungen untergraben die Disziplin und sind allemal 'ne Dummheit.“

„So dachte ich. Aber bist Du nicht wohl, Kind? Du bist so blaß!“

## Viertes Kapitel.

Es war drei Wochen später, ein milder, heller Oktobertag. Rarg ist dieser Landschaft jeglicher Schmuck zugemessen, der anderwärts das Menschenherz erfreut, unendlich ist rings die Ebene ausgegossen, selten erhebt sich in jachter Steigung eine Erdwelle aus der Fläche und verrinnt dann wieder in ihr; trüb und träg rollen zwischen schlammigen Ufern die Flüsse und Bäche ihre Wasser von den fernen Bergen her in das tiefere, noch traurigere Steppenland hinein; mancher verliert am Wege im tiefen Moor oder staut sich in einem Weiher, dessen weiter, trüber Spiegel das Schilfrohr der kleinen, schlammigen Inseln widerspiegelt und das blaße, ewig vom Dunst der Ebene getriebene Blau der Himmelskugel. Schmutzig sind die Städtchen, wo im dichten Knäuel armeliger Hütten das verstopfene, nur zu unglücklichem Glend ansehnliche Volk der Juden haust; dürrig die Dörfer, wo der Mathene dumpf und trozig unter des Polen Peitsche den Boden hepflügt. Selten reißt sich an das Ackerland ein Wirtengehöf, aber unendlich, Meile um Meile, soweit den Wanderer der Fuß trägt, umgibt ihn die braune Heide, wo nur der Wachholder gedeiht, die Erle blüht. Furchtbar ist hier der Winter, wenn der Sturm aus Norden den Schnee lang, versengend der Sonnenbrand des Sommers, aber mild und licht erquickt der Herbst die armen Menschen, das dürrige Land. In heller, rother Gluth leuchtet die Heide, im buntesten das Gehölz; tiefblau erscheint durch die größere Klarheit der Luft der Himmel und selbst um das kahle Stoppelfeld ist ein Schmutz gebreitet: Das Marienhaar, welches in tausend Fäden dahinschwimmt. Wer im Herbst über die Heide geht, den macht sie nicht frohlich, aber sein Herz wird ruhiger und sanfter.

Das war auch dem Grafen Agnor bechieden, als er an jenem Oktobertage langsam, während der Klang der Mittagsglocken über die Heide zitterte, wieder seinem Schlosse zutritt. Er war am frühen Morgen aufgebrochen, nach einer schlaflosen Nacht, wo ihn böse Geister gerüttelt und wach erhalten: die Reue und die Begier. Es war zwischen ihm und der schönen Jüdin gekommen, wie es kommen mußte, von jener Stunde ab, wo er dem Versuch der Unterlegen und zur Vorlesung gekommen. Er hatte sie, dank der Geschicklichkeit des Kommissars, seither wiederholt allein gesprochen und brauchte sie nun nicht mehr zu fragen, ob sie sich wirklich nicht jene Empfindung zutraute, welche die Christen Liebe nennen. Und seit gestern brauchte er der häßlichen Vermittelung nicht mehr; sie war zum ersten Male allein in den Schlossgarten gekommen und war ihm ans Herz gegangen; sein Arm hatte den blühenden Leib umschlungen, sein Mund ihre Lippen berühren dürfen, nur einen Athemzug lang — aber sie hatte ja versprochen, heute wiederzukommen und hielt sich Wort. Wohl kam er auch heute nicht zum Ziele, und es währte noch wochenlang, bis er jene Glut in ihr wachgeküßte, die in seinen Adern tobte, aber auch diese Stunde mußte kommen, und sie wurde sein eigen! Aber so mild ihn die Leidenschaft rüttelte, daß er emporsprang, die kühle Nachtlust einließ und dann im Lehnstuhl des Erfolgs machte ihn nicht glücklich, im Gegentheil, so elend, wie er sich in seinem stolzen, bei allem frischen Lebensmuth ersten Gemüthe nie gefühlt.

Denn er war, wie sie ihm nachgerühmt, ein ehrlicher Mann. Der junge, kahlköpfige Mann — Offizier hatte frühlich genossen, was ihm Frauengunst beschiede, aber sein Gewissen konnte ruhig bleiben; er hatte kein Weib von des Gatten Seite gerissen, kein Mädchen ins Glend gebracht. Was ihn davon abhielt, war ein aufs äußerste getriebenes Gefühl der Pflichten, welche seine oblige Geburt an die Mateliosigkeit seiner Lebensführung stellte; daneben die völlige Abhängig-

keit von dem Willen seines nun kürzlich verstorbenen Vaters. Der kluge, tüchtige Mann hatte früh erkannt, daß es dem Sohne trotz einiger trefflicher Eigenschaften doch an jener fehlte, welche für den Sproß einer verarmten Seitenlinie, der Offizier werden sollte, die wichtigste war: an Willensstärke, an Kraft des Entschlusses. Es gab unter seinen Kameraden wenige, die nicht in kleinen Dingen Einfluß auf ihn hatten, ein Ahseljuden, ein bestimmt gesprochenes Wort verschlehte selten die Wirkung auf seinen leicht bestimmbaren Sinn; einigen war er wohl auch in großen Dingen williger gefolgt, als ihm ersprießlich war, nicht gerade aus überstarker Genußsucht, sondern weil er sich nicht ausschließen, nicht alleinsetzen konnte. „Das gehört zum Aristokraten!“ oder: „bist Du nicht Offizier?“ — die Worte hatten den an sich so braven Mann oft genug weit in die Irre geführt. Darum hatte der Vater mit guter Absicht seinen Einfluß auf ihn mit aller Zähigkeit festgehalten und gemehrt. Diesem Einfluß war es mit, vielleicht hauptsächlich zu danken, daß Agnor doch stets mit Ehren behauptet, bis ihn des Vaters, dann des Vaters Tod zum Haupt des Geschlechts machte, und nie war ein unwahres Wort über seine Lippen gekommen. Nun aber hatte er schon bisher gelogen und betrogen und mußte es noch weit dreister thun, wenn er ans Ziel gelangen wollte. Er hatte Judith gewonnen, weil sie ihn für ritterlich und edel hielt, frei von Vorurtheilen gegen ihr Volk, weil sie seiner Ehrlichkeit, seiner Liebe vertraute; ein Wort von der Klugheit, die sie liebte, eine Andeutung der Unmöglichkeit, sie zu seinem Weibe zu machen — und sie war ihm für immer verloren. Sie hatte bisher nie von der Zukunft gesprochen, keine Frage an ihn gestellt, aber wenn sie es that? Und wenn es nicht dazu kam, wenn sein Betrug, seine Lüge auch ferner im Schweigen oder in vieldeutigen Antworten bestanden, durfte sie ihm deshalb minder das Gewissen beschweren?!

(Fortsetzung folgt.)